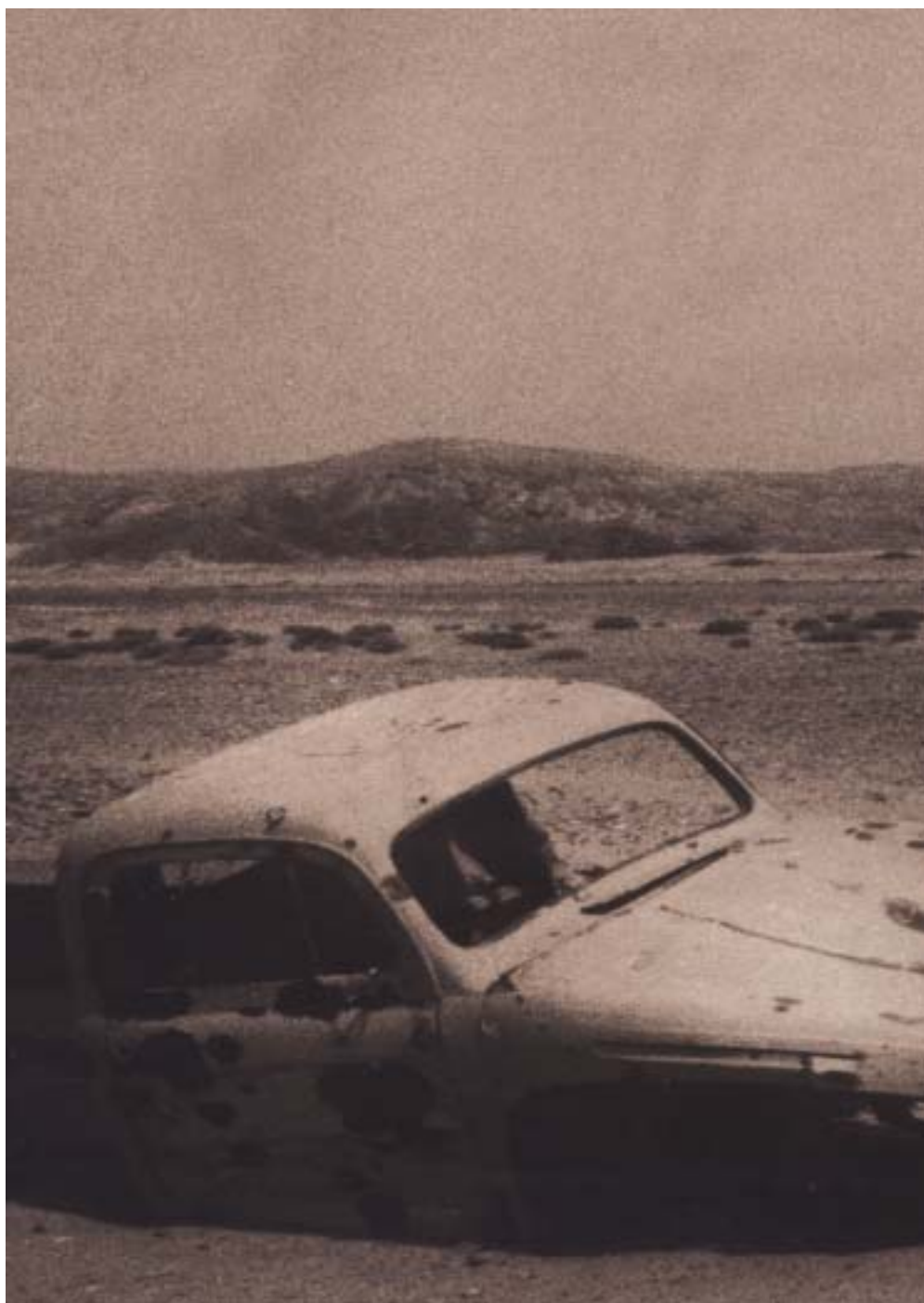


online

# ORIENT-JOURNAL

Herausgegeben vom Deutschen Orient-Institut, Hamburg



Herbst 2002  
Jahrgang 3 - Heft 2

Schwerpunktthema:

## Revolutionen in Nahost: Eine Bilanz

Revolutionsdaten sind im Nahen Osten zu Nationalfeiertagen geworden. Für die Ägypter markierte der 23. Juli 2002 den 50. Jahrestag der Revolution der „Freien Offiziere“.

Der runde Jahrestag der Mutter der Revolutionen im Raum zwischen Algier und Teheran ist auch für das Orient-Journal Anlass, zurückzublicken. Vor dem Hintergrund des Terrorattentates vom 11. September 2001 stellt sich die provozierende Frage nach dem Zusammenhang zwischen diesem Ereignis und den Revolutionen von damals - ist vielleicht ihr Scheitern Teil der Rechtfertigung dieser militanten Form der „Auseinandersetzung“ mit der bestehenden Weltordnung?

### Reportage:

#### **Kasachstan: Zensur mit dem Brandsatz**

Der Brandanschlag im Mai 2002 war nicht die erste „Warnung“ gegen die Zeitung. Dennoch ist die Chefredakteurin Petruschowa entschlossen, dem Druck nicht nachzugeben. Sie hat „Respublika“ im Mai 2000 mitgegründet als von den staatlichen Machtstrukturen unabhängiges Blatt.

### Aktuelle Analyse:

#### **Herbstfieber: Die Türkei vor den Wahlen**

Der Ministerpräsident war krank. So krank, dass er im Mai und Juni 2002 seine Amtsgeschäfte, wenn überhaupt, nur vom Krankenzimmer aus wahrnehmen konnte. Immer weitere Kreise forderten den Rücktritt des kranken Mannes von Ankara.

### Das Streitgespräch:

#### **Ein Jahr Antiterror - Allianz: Eine positive Zwischenbilanz?**

Ein drei viertel Jahr nach dem Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, kurz vor einem möglichen Krieg gegen den Irak stellen sich beim Versuch einer Bilanzierung viele Fragen: War der Afghanistan-Feldzug ein Erfolg? Für wen? Ist ein Militärschlag gegen den Irak sinnvoll?

## Autoren

Sylvia Bücke  
Mitarbeiterin d. Deutschen Orient-Instituts

Rudolph Chimelli  
Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Paris

Jan Cremer  
Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts

Amke Dietert  
MdB, Mitarbeiterin des Deutschen Orient-Instituts

Erhard Franz  
Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts

Sigrid Faath  
Privatdozentin für Politikwissenschaft, Uni. Hamburg

Henner Fürtig  
Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts

Iris Glosemeyer  
Mitarbeiterin „Stiftung Wissenschaft und Politik“, Berlin

Hanspeter Mattes  
Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts

Uwe Pfullmann  
Mitarbeiter i.R. MPG: Forschungsschwerpunkt Moderner Orient, Berlin

Marianne Schmidt-Dumont  
Leiterin Ref. Vorderer Orient, DÜI-Dokumentation

Wolfgang G. Schwanitz  
Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts, z.Zt. USA

Udo Steinbach  
Direktor des Deutschen Orient-Instituts

## Trend

Iris Glosemeyer  
Saudi-Arabien: Wohin geht die Reise unter Kronprinz Abdallah?  
Seite 4

## Reportage

Amke Dietert  
Kasachstan: Zensur mit dem Brandsatz  
Seite 5

## Schwerpunkt

Sigrid Faath  
Bilanzprobleme: Revolutionen in Nordafrika und Nah-/Mittelost  
Seite 6

Wolfgang G. Schwanitz  
Revolutionsdebut auf der Weltbühne: Ägypten  
Seite 8

Sigrid Faath  
„Revolution der Befreiung“: Algerien  
Seite 10

Hanspeter Mattes  
Auf dem „Weg Gottes“: Revolution im Sudan  
Seite 11

Henner Fürtig  
Irak: Die entschwundene Revolution  
Seite 12

Hanspeter Mattes  
Zwischen Ideologie und Pragmatismus: Libyen  
Seite 13

Henner Fürtig  
Iran: Islamische Modellrevolution?  
Seite 14

Rudolph Chimelli  
Medien und Revolution: Eine Erfolgsgeschichte  
Seite 16

Udo Steinbach  
Revolutionen in Nahost: Eine ernüchternde Bilanz  
Seite 18

## Service

Literatur-Wegweiser  
Seite 19

Kurzrezensionen  
Seite 20

Die Buchbesprechung  
Seite 22

DOI-Literaturanzeigen  
Seite 23

## Aktuelle Analyse

Erhard Franz  
Herbstfieber: Die Türkei vor den Wahlen  
Seite 24

## Streitgespräch

Ein Jahr Antiterror-Allianz: Eine positive Zwischenbilanz?  
Seite 26

## Photographien

Titelphoto/Seite 3:  
Copyright Jochen Hippler 2002

alle anderen: Archiv DOI

## Impressum

Herausgeber:  
Deutsches Orient-Institut, Hamburg

Chefredakteur:  
Udo Steinbach  
(V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung:  
Jan Cremer

Redaktion:  
Amke Dietert

Redaktionskollegium:  
Aziz Alkazaz, Erhard Franz, Rainer Freitag-Wirminghaus, Kai Hafez, Jochen Hippler, Hanspeter Mattes, Marianne Schmidt-Dumont

Artikel:  
Die Meinung einzelner Autoren gibt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Anschrift:  
Deutsches Orient-Institut  
Neuer Jungfernstieg 21  
20148 Hamburg  
Tel: 040-42825514  
Fax: 040-42825509  
E-Mail: orient-journal@doi.hh.de  
Erscheinungsweise:  
halbjährlich

Revolutionsdaten sind im Nahen Osten zu Nationalfeiertagen geworden. Für die Ägypter markierte der 23. Juli 2002 den 50. Jahrestag der Revolution der „Freien Offiziere“. Die Bilanz des Ereignisses fiel auch in Ägypten eher verhalten und kontrovers aus.

Der runde Jahrestag der Mutter der Revolutionen im Raum zwischen Algier und Teheran ist auch für das Orient-Journal Anlass, zurückzublicken. Vor dem Hintergrund des Terrorattentates vom 11. September 2001 stellt sich die provozierende Frage nach dem Zusammenhang zwischen diesem Ereignis und den Revolutionen von damals - ist vielleicht ihr Scheitern Teil der Rechtfertigung dieser militanten Form der „Auseinandersetzung“ mit der bestehenden Weltordnung? Umgekehrt könnte man in der sich abzeichnenden Konfrontation der USA mit dem irakischen Revolutionär von einst, Saddam Husain, die Entschlossenheit einer globalen Führungsmacht sehen, unzeitgemäße Restposten des revolutionären Zeitalters im Nahen Osten um eigener globalen Interessen willen abzuräumen.

Zeitlicher Rahmen der Betrachtungen im vorliegenden Orient-Journal ist das vergangene halbe Jahrhundert. Dies sollte freilich nicht den Blick dafür verstellen, dass die revolutionäre Dynamik im Nahen Osten tiefer in das 20. Jahrhundert zurück reicht. Am Anfang steht der revolutionäre Versuch in Iran von 1905/6. In gewisser Weise werden hier die ideologischen Vorzeichen gesetzt, zwischen denen sich nachfolgende Revolutionen bewegen: das Paradigma von Säkularität und dem Westen nacheifernder Moderne auf der einen und dem Beharren auf der Geltung eigener Traditionen auf der anderen Seite. Dass sich die Revolutionäre im Iran von damals nicht entscheiden konnten, gehört zu den Ursachen des Scheiterns dieser ersten Revolution im Nahen Osten im 20. Jahrhundert.

Die kemalistische Revolution ist demgegenüber ideologisch eindeutig. Sie setzt nachhaltig auf das Konzept: Modernisierung gleich Verwestlichung. Türkischer Nationalismus und Laizismus werden konsequent durchgesetzt; sie sind die Orientierungspunkte einer Kulturrevolution, die von der



Einführung des lateinischen Alphabets bis zur flächendeckenden Geltung europäischen Rechts reicht. Die soziale Umgestaltung der Gesellschaft stand demgegenüber nicht hoch auf der Agenda. Die kemalistische Revolution von oben hat - bei allen Problemen in der Gegenwart - zu Ergebnissen geführt, die auch nach einem drei viertel Jahrhundert relativ stabil geblieben sind. Die revolutionären

„Freien Offiziere“ in Ägypten und ihre arabischen Nachahmer haben sich an den Kemalisten ebenso gestoßen wie inspiriert. Inakzeptabel war ihnen der „Ausverkauf“ der Gesellschaft an den Westen. Zwar ging es ihnen auch um tiefgreifenden Wandel, doch unter Wahrung einer „arabischen Seele“. Nachahmenswert schien ihnen demgegenüber das Konzept einer Revolution von oben - in den meisten Fällen unter der Avantgarde des Militärs. Im Prinzip fühlten sie sich auch durch europäische Modernisierungsparadigmen angezogen: die Trennung von Religion und Politik und das Konzept der Nation als der Trägerin von Entwicklung und Unabhängigkeit. Stärker als die Kemalisten setzten sie zugleich auf soziale Umgestaltung.

Aber die politischen Koordinaten des Zeitalters nach 1952 waren schwieriger für Revolutionäre als die der zwanziger und dreißiger Jahre. Der Konflikt mit Israel band viele politische, wirtschaftliche und geistige Energien; zugleich erzwang er die Solidarität der „arabischen Nation“. Diese aber war keineswegs gleichermaßen mobilisierungsbereit; Teile von ihr wollten sich nicht zu ihrem Glück zwingen lassen. Auch das vergeudete revolutionäre Energie; dies um so mehr unter den Rahmenbedingungen des Ost-West-Konflikts: Angesichts der Vielzahl der inneren und äußeren Konflikte, in die sich die arabischen Revolutionäre verzetelten, blieb ihnen keine Wahl als ihre Revolution schließlich an die globalen Herrschaftsinteressen einer Supermacht auszuliefern, die ihrerseits revolutionär zu sein beanspruchte.

Die iranische Revolution stellt die bewusste Abkehr von dem arabischen Revolutionsparadigma dar. Sie ist eine Revolution von unten - wie schon ihre Vorgängerin von 1905/6. Sie wendet sich vehement gegen westliche Entwicklungsmuster und versteht sich als Speerspitze einer Rückwendung zur islamischen Tradition als Grundlage der Modernisierung islamisch bestimmter Gesellschaften. Zugleich schließlich steigt sie aus dem Ost-West-Dilemma aus, um ihre ideologische Reinheit zu erhalten. Der Khomeinismus ist das revolutionäre Gegenstück zum Kemalismus.

Zwei Jahrzehnte nach dem Sturz der Monarchie stehen auch die Revolutionäre in Teheran vor schwerwiegenden Entscheidungen. Eine abnehmende Zahl von Gralshütern des Khomeinismus sucht ihre Position gegenüber einem Druck von unten zu behaupten, der die Öffnung zum Westen fordert. Elektronische Medien, die sich nicht an den Grenzen Irans aufhalten lassen, machen ihnen Appetit auf Freiheit und politische Teilhabe. Diese aber finden sie nicht in der nachkhomeinistischen real existierenden Islamischen Republik.

So ist ein halbes Jahrhundert im Schatten von Revolutionen als Geschichte des Scheiterns zu bilanzieren. Dass der gewalttätige Schlag vom 11. September 2001 revolutionäre Entwicklungen in der islamischen Welt lostreten könnte, ist unwahrscheinlich - es sei denn, der Westen macht in seiner Reaktion darauf allzu viele Fehler.

Nachdenklich macht am Ende, dass die kemalistische Revolution die einzige ist, deren Ergebnisse überlebt haben. Vielleicht deswegen, weil sie sich den auch im 21. Jahrhundert geltenden Realitäten, der globalen Verbreitung westlicher Entwicklungsparadigmen, geöffnet hat?

**Udo Steinbach**

Iris Glosemeyer

## Saudi-Arabien: Wohin geht die Reise unter Kronprinz Abdallah?

Mit dem Amtsantritt König Fahds 1982 wurde Abdallah bin Abd al-Aziz zum Thronfolger ernannt. Ende 1995 übernahm der 1923 geborene Kronprinz zunächst inoffiziell die Regierungsgeschäfte von seinem schwerkranken Halbbruder, und zum 1. Januar 1996 übertrug ihm König Fahd auch offiziell die Amtsgeschäfte. Allerdings kehrte der König Anfang 1996 noch einmal kurzfristig auf die politische Bühne zurück, und noch immer wird Abdallahs Entscheidungsfreiheit durch König Fahd beziehungsweise dessen Vollbrüder beschränkt, die seit Jahrzehnten entscheidende Ministerposten besetzen. Im Gegensatz zu vielen seiner Brüder gilt Kronprinz Abdallah als persönlich integer und der beduinischen Lebensweise verbunden. Seine Beziehungen zu den saudischen Stämmen sind eng, vor allem, da er seit 1962 die aus den Stämmen rekrutierte saudische Nationalgarde befehligt. Darüber hinaus hat Abdallah den Ruf, der arabischen Sache verpflichtet und den USA gegenüber kritisch eingestellt zu sein.

Abdallahs außenpolitische Prioritäten liegen eindeutig in der Verbesserung der regionalen Stabilität, die einerseits die innere Stabilität Saudi-Arabiens beeinflusst, andererseits aber auch das Ausmaß der saudischen Abhängigkeit vom militärischen Schutz durch die USA bestimmt. Diese Abhängigkeit und die damit verbundene Präsenz von US-Soldaten wiederum ist seit Jahrzehnten ein innenpolitischer Störfaktor, der vor allem seit Anfang der 1990er Jahre zu erheblichen innenpolitischen Auseinandersetzungen geführt hat.

Zwar hatte Kronprinz Abdallah der Stationierung von US-Soldaten in Saudi-Arabien 1990 zugestimmt, um Kuwait von der irakischen Besatzung zu befreien und Saudi-Arabien gegen einen eventuellen Überfall zu schützen. Jedoch ist Kronprinz Abdallah offenbar auf der Suche nach Alternativen. Seit er die Regierungsgeschäfte übernommen hat, verbesserte sich die Beziehungen zu Iran kontinuierlich und auch Beziehungen zum Irak wurden wieder aufgenommen. Außerdem wurden die Grenzen zur Republik Jemen, zu Kuwait und Qatar festgelegt und damit seit Jahrzehnten anhaltende Konflikte entschärft. Die Beendigung der Grenzkonflikte schien eine Vorstufe zur Be-

seitigung regionaler Probleme jenseits der arabischen Halbinsel zu sein, denn ab Sommer 2001 wandte sich Abdallah verstärkt dem Nahostkonflikt zu. Aufgrund der bis in die 1930er Jahre zurückreichenden saudisch-amerikanischen Beziehungen, der globalen Bedeutung der saudischen Ölvorkommen und Saudi-Arabiens Bedeutung als Abnehmer US-amerikanischer Produkte glaubte Kronprinz Abdallah, Saudi-Arabien habe Einfluss auf Entscheidungen in Washington. Im Sommer 2001 drohte er dem US-Präsidenten mit der Verschlechterung der Beziehungen, sollten die USA sich nicht für die Lösung des Nahostkonflikts engagieren.

Bevor eine Reaktion von Seiten der USA erfolgen konnte, schufen die Ereignisse des 11. September jedoch eine völlig neue Ausgangssituation. Die direkte Beteiligung von 15 saudischen Staatsbürgern an den Anschlägen reduzierte Saudi-Arabiens außenpolitische Agenda auf einen einzigen Punkt: Selbstverteidigung. Seither drangen mehrfach Meldungen aus dem US-Außenministerium an die Öffentlichkeit, die das internationale Ansehen Saudi-Arabiens und die saudisch-amerikanischen Beziehungen weiter schädigten.

Nach einer anfänglichen Starre kam ab November 2001 mit der *charm offensive* Leben in die saudische Außenpolitik: Westliche Journalisten und Wissenschaftler wurden nach Saudi-Arabien eingeladen und eine Reihe von Delegationen wurde in die Welt hinausgeschickt, die dem in den westlichen Medien verbreiteten Bild Saudi-Arabiens entgegenwirken und das Image des Islams verbessern sollten. Auch Shaikh Abdallah bin Abd al-Muhsin al-Turki, Mitglied des höchsten saudischen Gremiums der Islamgelehrten und Generalsekretär der Muslimischen Weltliga, begab sich auf die Reise, um das Bild des Islams im Westen aufzuwerten. Die meisten Delegationen wurden jedoch vom Vorsitzenden der saudischen Investitionsbehörde (SAGIA) Prinz Abdallah bin Faysal bin Turki geleitet. Die eigentliche Aufgabe dieser Behörde besteht darin, dringend benötigte ausländische Investitionen anzuwerben und die Abwicklung von Geschäften zu erleichtern. Ausländische Investoren werden jedoch kaum an einem Land interessiert sein, des-

sen Stabilität innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen wird. Genau dies war jedoch das Bild, das nach dem 11. September von Saudi-Arabien in den westlichen Medien gezeichnet wurde. Darüber hinaus sind saudische Akademiker zunehmend auf internationalen Konferenzen vertreten. Wenn auch viele von ihnen noch stark von dem Wunsch motiviert sind, die saudische Position gegenüber dem Islam, dem Nahostkonflikt oder der Rolle Saudi-Arabiens in der Region darzustellen, ist doch auch davon auszugehen, dass sie über ihre Erfahrungen berichten werden und sich hier langfristig eine Möglichkeit zum Dialog anbietet.

Im Februar 2002 schließlich, nahm Kronprinz Abdallah seine Bemühungen zur Beendigung des Nahostkonflikts wieder auf. Einem US-Journalisten gegenüber erläuterte er erstmals sein Angebot, die Beziehungen zu Israel zu normalisieren, falls Israel bereit sei, die 1967 besetzten Gebiete zu räumen. Diesen Vorschlag vor allem als Ablenkungsmanöver von innenpolitischen Schwierigkeiten oder als Teil der *charm offensive* zu werten, wäre naheliegend, aber falsch. Vor dem Hintergrund der saudischen Bemühungen zur Beilegung des Nahostkonflikts (zuletzt mit dem von der AL 1982 beschlossenen Fahd-Plan) und der saudischen Regionalpolitik der letzten Jahre ist die sogenannte Abdallah-Initiative eine logische Fortsetzung der Bemühungen um die Stabilisierung der Region. Im März 2002 setzte Abdallah seinen Vorschlag auf dem Gipfel der AL in Beirut durch. Erwartungen von arabischer, insbesondere saudischer Seite, US-Präsident Bush würde auf diesen Vorschlag reagieren, wurden jedoch enttäuscht. In seiner Rede im Juni forderte Bush lediglich Reformen innerhalb der Autonomiebehörde, würdigte das saudische Entgegenkommen, mit dem sich Kronprinz Abdallah immerhin harscher Kritik von *hardlinern* innerhalb und außerhalb Saudi-Arabiens ausgesetzt hat, jedoch nicht.

Ob Kronprinz Abdallah seine auf Konfliktlösung ausgerichtete Regionalpolitik angesichts eines drohenden Militärschlags gegen den Irak und der damit verbundenen verstärkten Präsenz von US-Truppen in der Region in absehbarer Zeit fortsetzen kann, erscheint zweifelhaft.

Amke Dietert

# Kasachstan: Zensur mit dem Brandsatz

**Der beißende Rußgeruch in den kleinen Redaktionsräumen der Zeitung „Respublika“ im Zentrum der kasachischen Metropole Almaty ist kaum auszuhalten. In den vorderen Räumen sind die Fenster von hinein geworfenen Brandflaschen zertrümmert, von den Bürogeräten und Möbeln sind nur noch schwarz verkohlte Trümmer übrig. In den hinteren Räumen, die nicht ganz so stark betroffen sind, kämpfen Redaktionsmitglieder bei Kerzenbeleuchtung gegen die Rußschichten.**

Der Brandanschlag in der Nacht vom 21. auf den 22. Mai 2002 war nicht die erste „Warnung“ gegen die unabhängige Zeitung. Dennoch ist die junge Chefredakteurin Irina Petruschowa entschlossen, dem Druck nicht nachzugeben. Sie hat die „Respublika“ im Mai 2000 mit gegründet – als ein von den staatlichen Machtstrukturen unabhängiges Blatt. Anfangs war es eine reine Wirtschaftszeitung, aber nach und nach gewann auch die politische Berichterstattung mehr Raum. Die politischen Probleme begannen Ende Januar 2002, als die „Respublika“ als einzige Zeitung über eine Kundgebung der Oppositionsbewegung „Demokratische Wahl Kasachstans“ berichtete: „Plötzlich lehnte unsere Druckerei es ab, die Zeitung weiter zu drucken, obwohl wir einen Jahresvertrag hatten“, berichtet Irina Petruschowa. „Alle anderen Druckereien in Almaty lehnten ebenfalls ab. Schließlich fanden wir eine Druckerei in der Umgebung. Nach vier Monaten fand dort eine Durchsuchung der Steuer- und Finanzpolizei statt. Anschließend wurde der Druckerei der Strom gesperrt und erst wieder angeschaltet, nachdem sie den Ver-

trag mit uns gekündigt hatte. Anschließend suchten wir Druckereien im ganzen Land, aber alle konnten sie jeweils nur eine Nummer drucken. Da eine Druckerei uns gebeten hatte, ihren Namen nicht anzugeben, wurde die Zeitung am 10. April wegen eines fehlerhaften Impressums per Gerichtsbeschluss für zwei Monate geschlossen. Seitdem publizieren wir eine monatliche Artikelsammlung, die nicht den Status einer Zeitung hat und damit nicht den Gesetzen für Massenmedien unterliegt.“

Die Repressionen beschränken sich nicht auf Maßnahmen um das Erscheinen der Zeitung zu verhindern, sondern sie gehen bis zu Morddrohungen gegen Irina Petruschowa. So wurde im März 2002 ein Trauerkranz mit ihrem Namen an das Redaktionsbüro geschickt. Wenige Tage vor dem Brandanschlag lag vor dem Büro ein Hundekörper mit abgeschnittenem Kopf. An ihm war ein Zettel befestigt mit der Botschaft „Es wird kein nächstes Mal geben“. Der Kopf des Hundes lag vor der Privatwohnung von Irina Petruschowa.

Das Vorgehen gegen die „Respublika“ ist in Kasachstan kein Einzelfall. Typisch ist insbesondere, dass gegen unabhängige Medien die eigentlichen politischen Vorwürfe nicht offen benannt werden, sondern scheinbar unpolitische Anschuldigungen erhoben werden. So wurde gegen den Fernsehsender „TAN“ ein Einstellungsbefehl erlassen, nachdem er über die Kundgebung der „Demokratischen Wahl

Kasachstans“ vier Stunden live berichtet hatte. Über die Begründung, der Sender habe gegen Urheberrecht verstoßen, kann Bachytshan Ketebayev, Präsident der Radio- und Fernsehgesellschaft „TAN“, nur lachen: „Obwohl wir für jede einzelne Sendung Belege vorlegen konnten, dass wir die Senderechte hatten, wurden diese nicht anerkannt. Die großen Radio- und Fernsehsender, die sich alle im Besitz der Tochter des Präsidenten und ihres Mannes befinden, verstoßen dagegen permanent gegen Urheberrechte ohne dass ihnen etwas passiert“.

Nachdem durch Gerichtsprozesse und öffentlichen Druck schließlich die Wiedenzulassung von „TAN“ erreicht worden war, wurde am 28. März 2002 aus dem Stadtzentrum heraus auf den Fernsehturm geschossen. In der folgenden Nacht drangen Unbekannte in den Fernsehturm ein und zerschossen das Kabel von „TAN“ aus nächster Nähe. Nach Augenzeugenberichten kamen die Attentäter ungehindert durch den regulären Eingang des streng bewachten Fernsehturms.

Den Grund für dieses Vorgehen sieht Bachytshan Ketebayev nicht nur in der Berichterstattung über die politische Opposition, sondern auch in Berichten des Senders über Korruptionsvorwürfe gegen Präsident Nazarbajev und seine Familie und vor allem darin, dass der Besitzer ein in Ungnade gefallener Politiker ist, der sich der Opposition angeschlossen hat.

Rozlana Taukina, die Präsidentin der 1995 mit Unterstützung der UNESCO gegründeten Stiftung „Journalists in Danger“, gibt einen Überblick über die Situation der Medien in Kasachstan: Seit Beginn der Vergabe privater Lizenzen für Rundfunk- und Fernsehgesellschaften bis 1997 waren ca. 50 Gesellschaften entstanden; 30 von ihnen wurden 1997 geschlossen und die Frequenzen neu vergeben. Heute gibt es 70 Gesellschaften, die alle – bis auf „TAN“ – zu einer Holding der Tochter des Präsidenten gehören.

Als Beispiel für das Verständnis von Pressefreiheit in Kasachstan zitiert Rozlana Taukina einen Ausspruch von Präsident Nazarbajev: „Journalisten sollen keine Kommentare abgeben sondern ihr Land rühmen“.



Sigrid Faath

**In Nordafrika, Nah- und Mittelost gab es in zahlreichen Staaten (am bekanntesten Ägypten 1952; Algerien 1954; Irak 1958/1968; Syrien 1963; Libyen 1969; Iran 1979; Sudan 1969/1989) politische Ereignisse, die von den jeweiligen Protagonisten mit dem Begriff „Revolution“ (thawra) belegt wurden und als solche in die nationale Geschichtsschreibung eingingen.**

„Revolution“ im neuzeitlichen Sinne wird in der Regel als ein Prozess verstanden, mit dem ein tiefgreifender Wandel in der Herrschafts- und Gesellschaftsorganisation und in den Verteilungs- und Besitzverhältnissen ausgelöst wird. Wird nicht nur das mittelfristige Ergebnis, sondern auch die ursprüngliche Intention der Protagonisten des revolutionären Umsturzes und die in der Außenpolitik erfolgende Neuausrichtung berücksichtigt, dann kann in der Tat von Revolutionen in den genannten Staaten gesprochen werden. Für alle Revolutionen in Nordafrika, Nah- und Mittelost gilt, dass der Machtwechsel als solcher oder die Herbeiführung des Machtwechsels (wie z.B. in Algerien der Befreiungskampf 1954-1962) als „Beginn der Revolution“ bezeichnet wird. Da mit dem Machtwechsel (Militärputsch: Ägypten, Irak, Libyen, Sudan, Syrien; Volkserhebung: Algerien, Iran) die Führung des Landes ausgewechselt wurde, eine – zumindest ansatzweise – Neuverteilung der Ressourcen stattfand (Nationalisierungen; Begünstigung neuer Eliten) und eine außenpolitische Neuorientierung erfolgte, ist der Begriff Revolution anwendbar, selbst wenn im einen oder anderen Fall im Vorfeld des Machtwechsels kein ausgearbeitetes Konzept für die Zeit danach vorlag (wie z.B. in Ägypten).

Schlagworte wiesen jedoch in allen Fällen den Weg. Für Ägypten, Algerien, Irak und Libyen umrissen die Begriffe Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Volksherrschaft, Sozialismus, nationale Einheit diese Zielrichtung. Für Iran (1979) und Sudan (1989) war das zentrale Schlagwort „islamischer Staat“. In der langfristigen Perspektive blieben in allen Revolutionen im Zuge ihrer „Veralltäglicung“ und interner Machtkämpfe die zu Anfang propagierten Ziele wie Freiheit, Volksherrschaft, Gerechtigkeit, Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft

## Bilanzprobleme: Revolutionen in Nordafrika und Nah-/Mittelost

unrealisiert. Mit Ausnahme des Sudan (1969 Ablösung eines republikanischen Regimes) und Algeriens (Ablösung der französischen Fremdherrschaft) wurden durch die Revolutionen Monarchien abgelöst, die stark vom Ausland abhängig waren und durch krasse soziale Ungleichheiten geprägt waren.

Der zeitliche Kontext spielte für die jeweilige politische Orientierung nach dem revolutionären Machtwechsel eine große Rolle: Die Revolutionen der 1950er Jahre und 1960er Jahre standen außenpolitisch im Zeichen des Ost-West-Konflikts; Befreiung von ausländischer Abhängigkeit bedeutete Befreiung von „westlichem“ Einfluss, „westlicher“ Präsenz und Kooperation mit dem Ostblock, trotz einem Plädoyer für „Blockfreiheit“. Unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten fanden die sozialistischen Konzepte Anklang, die den Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit näher kamen. Libyens Revolutionsführung schließlich versuchte sich im Entwickeln einer dritten Theorie „zwischen Kapitalismus und Sozialismus“. Ende der 1970er Jahre erfolgte mit der iranischen und 1989 mit der sudanesischen Revolution eine Absage an säkulare („importierte“) Konzepte.

Alle Revolutionen in Nordafrika, Nah- und Mittelost traten an, um Missstände, Ungerechtigkeiten, entwicklungshemmende Korruption und Machtmissbrauch zu beseitigen – zugunsten des Volkes und seiner Interessen. Die Machteingriffe durch oppositionelle Militärs („Freie Offiziere“ z.B. in Ägypten, Irak, Libyen, Sudan/1969) waren – wie die Erhebung im Iran und der Widerstand gegen das diskriminierende Kolonialsystem in Algerien – von Missständen und dem hohen Unzufriedenheitspotential in breiten Teilen der Bevölkerung beeinflusst. Alle Revolutionen weckten hohe Erwartungen und Hoffnungen.

Eine heutige Analyse der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation in den „Revolutionsstaaten“ fällt überwiegend negativ aus: Hohe wirtschaftliche und soziale Probleme (Arbeitslosigkeit; Armut) und politischer Autoritarismus, repressive Strukturen,

mangelnde Umsetzung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, gewaltsame Konfliktaustragung mit Oppositionsgruppen kennzeichnen in unterschiedlicher Intensität alle Staaten. Sie unterscheiden sich in dieser negativen Bilanz allerdings nicht wesentlich von der Mehrzahl der anderen Staaten der Region. Wenngleich Staaten ohne Revolution und langjährige sozialistische Experimente – wie Tunesien – im wirtschaftlichen Bereich besser abschneiden.

In Staaten mit „revolutionärem Anspruch“ lassen sich Faktoren entschlüsseln, die mitverantwortlich für die heutige schlechte Bilanz sind: In erster Linie ist die revolutionsbedingte Ideologisierung für eine Verhärtung der Denkstrukturen und der staatlichen Organisation sowie für die ausgeprägte Kontrolle der Bevölkerung, die eine verkümmerte Anpassungsfähigkeit an sich wandelnde Umwelten zur Folge hatte, verantwortlich. Sie ist auch dafür verantwortlich, dass verstärkt in Schwarz-Weiß-Kategorien gedacht und entsprechend auf Kritik und Opposition mit Repression geantwortet wurde und wird. Erst erheblicher innenpolitischer Widerstand führte periodisch zu „Korrekturen“, d.h. Anpassungen der Systeme (u.a. durch Abmilderung ideologischer Positionen; Zugeständnisse im Bereich Meinungsfreiheit; Teilliberalisierungen in der Wirtschaft).

Die außenpolitischen Beziehungen zu den Kooperations-/Allianzpartnern des „alten Regimes“ verschlechterten sich meist bereits unmittelbar nach dem Machtwechsel, weil in der Regel das Revolutionsziel „Rückgewinnung der nationalen Selbstbestimmung“ in Nationalisierungen von ausländischen Unternehmen und Ausweisungen von Ausländern mündete. Undercover-Aktionen betroffener Staaten, Unterstützung für Gegner der Revolution waren wiederum gefürchtete Gegenmaßnahmen des Auslandes, zu deren Abwehr die Überwachung und Repression, aber auch die militärische Aufrüstung und während des Ost-West-Konflikts die Suche nach Unterstützern im „feindlichen Block“ dienen sollte. Die revolutionäre Ideologie begünstigte

Sigrid Faath

**In Nordafrika, Nah- und Mittelost gab es in zahlreichen Staaten (am bekanntesten Ägypten 1952; Algerien 1954; Irak 1958/1968; Syrien 1963; Libyen 1969; Iran 1979; Sudan 1969/1989) politische Ereignisse, die von den jeweiligen Protagonisten mit dem Begriff „Revolution“ (thawra) belegt wurden und als solche in die nationale Geschichtsschreibung eingingen.**

„Revolution“ im neuzeitlichen Sinne wird in der Regel als ein Prozess verstanden, mit dem ein tiefgreifender Wandel in der Herrschafts- und Gesellschaftsorganisation und in den Verteilungs- und Besitzverhältnissen ausgelöst wird. Wird nicht nur das mittelfristige Ergebnis, sondern auch die ursprüngliche Intention der Protagonisten des revolutionären Umsturzes und die in der Außenpolitik erfolgende Neuausrichtung berücksichtigt, dann kann in der Tat von Revolutionen in den genannten Staaten gesprochen werden. Für alle Revolutionen in Nordafrika, Nah- und Mittelost gilt, dass der Machtwechsel als solcher oder die Herbeiführung des Machtwechsels (wie z.B. in Algerien der Befreiungskampf 1954-1962) als „Beginn der Revolution“ bezeichnet wird. Da mit dem Machtwechsel (Militärputsch: Ägypten, Irak, Libyen, Sudan, Syrien; Volkserhebung: Algerien, Iran) die Führung des Landes ausgewechselt wurde, eine – zumindest ansatzweise – Neuverteilung der Ressourcen stattfand (Nationalisierungen; Begünstigung neuer Eliten) und eine außenpolitische Neuorientierung erfolgte, ist der Begriff Revolution anwendbar, selbst wenn im einen oder anderen Fall im Vorfeld des Machtwechsels kein ausgearbeitetes Konzept für die Zeit danach vorlag (wie z.B. in Ägypten).

Schlagworte wiesen jedoch in allen Fällen den Weg. Für Ägypten, Algerien, Irak und Libyen umrissen die Begriffe Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Volksherrschaft, Sozialismus, nationale Einheit diese Zielrichtung. Für Iran (1979) und Sudan (1989) war das zentrale Schlagwort „islamischer Staat“. In der langfristigen Perspektive blieben in allen Revolutionen im Zuge ihrer „Veralltäglichung“ und interner Machtkämpfe die zu Anfang propagierten Ziele wie Freiheit, Volksherrschaft, Gerechtigkeit, Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft

## Bilanzprobleme: Revolutionen in Nordafrika und Nah-/Mittelost

unrealisiert. Mit Ausnahme des Sudan (1969 Ablösung eines republikanischen Regimes) und Algeriens (Ablösung der französischen Fremdherrschaft) wurden durch die Revolutionen Monarchien abgelöst, die stark vom Ausland abhängig waren und durch krasse soziale Ungleichheiten geprägt waren.

Der zeitliche Kontext spielte für die jeweilige politische Orientierung nach dem revolutionären Machtwechsel eine große Rolle: Die Revolutionen der 1950er Jahre und 1960er Jahre standen außenpolitisch im Zeichen des Ost-West-Konflikts; Befreiung von ausländischer Abhängigkeit bedeutete Befreiung von „westlichem“ Einfluss, „westlicher“ Präsenz und Kooperation mit dem Ostblock, trotz einem Plädoyer für „Blockfreiheit“. Unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten fanden die sozialistischen Konzepte Anklang, die den Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit näher kamen. Libyens Revolutionsführung schließlich versuchte sich im Entwickeln einer dritten Theorie „zwischen Kapitalismus und Sozialismus“. Ende der 1970er Jahre erfolgte mit der iranischen und 1989 mit der sudanesischen Revolution eine Absage an säkulare („importierte“) Konzepte.

Alle Revolutionen in Nordafrika, Nah- und Mittelost traten an, um Missstände, Ungerechtigkeiten, entwicklungshemmende Korruption und Machtmissbrauch zu beseitigen – zugunsten des Volkes und seiner Interessen. Die Machteingriffe durch oppositionelle Militärs („Freie Offiziere“ z.B. in Ägypten, Irak, Libyen, Sudan/1969) waren – wie die Erhebung im Iran und der Widerstand gegen das diskriminierende Kolonialsystem in Algerien – von Missständen und dem hohen Unzufriedenheitspotential in breiten Teilen der Bevölkerung beeinflusst. Alle Revolutionen weckten hohe Erwartungen und Hoffnungen.

Eine heutige Analyse der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation in den „Revolutionsstaaten“ fällt überwiegend negativ aus: Hohe wirtschaftliche und soziale Probleme (Arbeitslosigkeit; Armut) und politischer Autoritarismus, repressive Strukturen,

mangelnde Umsetzung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, gewaltsame Konfliktaustragung mit Oppositionsgruppen kennzeichnen in unterschiedlicher Intensität alle Staaten. Sie unterscheiden sich in dieser negativen Bilanz allerdings nicht wesentlich von der Mehrzahl der anderen Staaten der Region. Wenngleich Staaten ohne Revolution und langjährige sozialistische Experimente – wie Tunesien – im wirtschaftlichen Bereich besser abschneiden.

In Staaten mit „revolutionärem Anspruch“ lassen sich Faktoren entschlüsseln, die mitverantwortlich für die heutige schlechte Bilanz sind: In erster Linie ist die revolutionsbedingte Ideologisierung für eine Verhärtung der Denkstrukturen und der staatlichen Organisation sowie für die ausgeprägte Kontrolle der Bevölkerung, die eine verkümmerte Anpassungsfähigkeit an sich wandelnde Umwelten zur Folge hatte, verantwortlich. Sie ist auch dafür verantwortlich, dass verstärkt in Schwarz-Weiß-Kategorien gedacht und entsprechend auf Kritik und Opposition mit Repression geantwortet wurde und wird. Erst erheblicher innenpolitischer Widerstand führte periodisch zu „Korrekturen“, d.h. Anpassungen der Systeme (u.a. durch Abmilderung ideologischer Positionen; Zugeständnisse im Bereich Meinungsfreiheit; Teilliberalisierungen in der Wirtschaft).

Die außenpolitischen Beziehungen zu den Kooperations-/Allianzpartnern des „alten Regimes“ verschlechterten sich meist bereits unmittelbar nach dem Machtwechsel, weil in der Regel das Revolutionsziel „Rückgewinnung der nationalen Selbstbestimmung“ in Nationalisierungen von ausländischen Unternehmen und Ausweisungen von Ausländern mündete. Undercover-Aktionen betroffener Staaten, Unterstützung für Gegner der Revolution waren wiederum gefürchtete Gegenmaßnahmen des Auslandes, zu deren Abwehr die Überwachung und Repression, aber auch die militärische Aufrüstung und während des Ost-West-Konflikts die Suche nach Unterstützern im „feindlichen Block“ dienen sollte. Die revolutionäre Ideologie begünstigte

Wolfgang G. Schwanitz

**Zu Beginn des 20. Jahrhunderts - auf dem Höhepunkt des Imperialismus - beherrschten europäischen Mächte fast alle Regionen der Welt. In Nordafrika betraf es vor allem Sudan, Algerien, Tunesien und Ägypten, die Frankreich oder Großbritannien besetzt hatten. Schließlich eroberte Italien noch die libyschen Räume. Gegenbewegungen setzten allerdings bereits mit der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 ein. Ähnliche Ansätze gab es in Nordafrika einhundert Jahre später nach Ägyptens Staatsbankrott, zu dem der Bau des Sueskanals beigetragen hatte, doch führten sie allein zu Teilerfolgen.**

Indessen sollte das in Ägypten während der antibritischen Revolte Ahmad Urabis aufgestellte Motto „Ägypten den Ägyptern“, Misr lil-Misriyin, Schule machen. Nach nationalistischen Wellen wie der Bauernerhebung 1919 erlangte der Nilstaat zunächst als Königreich 1922 die formelle Selbständigkeit. Seit dem folgenden Jahr konstitutionelle Monarchie, sollte es noch ein halbes Jahrhundert dauern, bis jene kritischen Geister aufkamen, die in einem riskanten Putsch sowohl den König aus einer fremden Mamluken-Dynastie als auch einige koloniale Einrichtungen hinweggefegt haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es die ägyptischen Offiziere, die am 23. Juli 1952 in einem Handstreich die Macht ergriffen haben. Bis auf ihren Senior, General Muhammad Nagib, waren sie alle aus den Jahrgängen um 1918. Sie durchliefen also britisch dominierte Militärschulen. Im anglo-ägyptischen Kondominium Sudan sahen sie, wie sich eine fremde Herrschaft in einem geteilten Land ausnahm, das zum einen islamisch und zum anderen durch christliche und Naturreligionen geprägt war.

Doch erst der Krieg in Palästina geriet für viele dieser Dreißigjährigen zur Feuertaufe. Da lagen sie in Schützengraben und fühlten sich, wie Abd an-Nasir in seiner „Philosophie der Revolution“ schrieb, verraten: Von ihrer unfähigen militärischen Führung, von der eigensüchtigen Politik der Briten und von der arabischen Nation, die nicht den Weg und Willen zur Einheit fand und folglich auch wenig der jüdischen Staatsbildung in Palästina entgegensetzen konnte. Was Wunder, dass ihr Vokabular Schlüsselworte wie

# Revolutionsdebut auf der Weltbühne: Ägypten

Imperialismus, Gewalt, Komplott, Reaktion, Einheit und Würde barg.

An der Front dachte Abd an-Nasir, ein in Alexandria geborener Sohn eines Beamten, an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, in der die ägyptische Delegation in London, die Wafd unter Sa'd Zaghlul, nationale Ziele politisch zu erreichen suchte. Obwohl er auch Respekt dafür zeigte, so verachtete er doch diese Bittstellerei. Seiner Generation wurde so in ihrer Sturm- und Drangzeit klar, was sie nicht mehr wollten. Doch war es offen, wohin sie das Staatsschiff lenken sollten, dessen Kommandobrücke sie kühn erobert hatten. Demokratie, Parlament und Liberalität waren für sie durch „vorherige instabile Regierungen korrupter Paschas“ belastet. Durch jene also, die zumeist den Schichten der Großgrundbesitzer und den mit dem Ausland verbundenen Minderheiten entstammten. Dafür hatten sie häufig eine abfälligen Handbewegung, die meinte „400 Jahre Türken- und 100 Jahre Briten-Herrschaft am Nil“.

Aus dieser Lage heraus verkündete die „Freien Offiziere“ ihre Ziele. Ihnen ging es „um den richtigen Weg zur wirtschaftlichen und politischen Freiheit“ nach sechs Grundsätzen: Fremdherrschaft und Imperialismus sollten samt ihren einheimischen Stützen und dem Großgrundbesitz abgeschafft werden. Gleichwohl seien die Monopole und der Einfluss des Kapitals auf die Regierung zu beseitigen. Eine starke Armee müsse gebildet werden. Eine soziale Gerechtigkeit und eine gesunde Demokratie seien geboten. Das war ein Gebräu aus der Ideengeschichte, die die Offiziere personifizierten. Konservative waren Abd al-Latif al-Baghdadi und Muhammad Nagib. In der Mitte taktierten Abd an-Nasir, Abd al-Hakim Amir und Anwar as-Sadat. Linke waren Ahmad Hamrush, Khalid Muhi ad-Din und Ali Sabri. Als ihre inneren Gegner galten „Reaktionäre, Kommunisten und Zionisten“.

In der März-Krise 1954 setzte sich Abd an-Nasir durch, nunmehr Premier. Sein Rezept: Keine Demokratie, sondern fortwährende Revolution, ein Experiment, erst kooperativer, dann Arabischer Sozialismus genannt. Damit suchte er sich sowohl von der Londo-

ner Labour Party als auch von der Moskauer Praxis abzuheben. Nach dieser frühen Suche, in der er auch den Präsident Nagib ausbootete, wuchs seiner Schaukelpolitik im Kalten Krieg eine Hauptrolle zu. Dabei wurden Sudans Unabhängigkeit und der Briten Abzug aus Ägypten Abd an-Nasirs erster Triumph.

Angesichts der Übergangsperiode, in der diese Militärs die Macht ausüben wollten, von der sie sich aber bald gar nicht mehr trennen mochten, und des so charismatischen Abd an-Nasir, hing mehr und mehr von seiner Persönlichkeit ab. Innen entschied er sich gegen die Demokratie und für eine Einpartei-Diktatur. Auswärtig hegte er die Illusion, den Kalten Krieg aus der Region heraushalten zu können. Global möge Ägypten weder für West noch für Ost Partei ergreifen, sondern ein drittes Lager der Paktfreien unter der Führung Indiens bilden. Auf westliches Drängen, neue Pakte mit alten Mächten zu gründen, entwickelte er nach der paktfreien Tagung im indonesischen Bandung 1955 sein Konzept der Positiven Neutralität, al-Hiyad al-Ijabi. Es bedeutete Ja zu einer aktiven Außenpolitik, aber Nein zu Bündnissen mit der NATO oder dem Warschauer Pakt. Vielmehr mögen sich die Araber selbst vereinen, wobei er später als Präsident der Union zwischen Syrien und Ägypten ein Beispiel gab.

Vor der Haustür der Freien Offiziere zeigt es sich an der Haltung dritter Seiten zu ihrem regionalen Rivalen Israel, das in seinem Befreiungskrieg einfallende Armeen besiegt hatte. Dafür blieb Arabern nur das Wort Katastrophe, an-Nakhba. Die Perspektive, das jüdische Land könnte sich erfolgreich industrialisieren und mit seinen Produkten arabische Märkte beherrschen, geriet zur Schreckensvision der Mächtigen am Nil, aus der sie manche ihrer Schlüsse zogen. Demnach war Israel, das aus ihrer Sicht kein Lebensrecht in der Region hatte, zu boykottieren und letztlich zu bekämpfen. Der „vom Imperialismus nach Palästina verpflanzte Judenstaat“ stellte sich hierbei als wirksames Mittel heraus, mit dem Abd an-Nasir zerstrittene Brüder einen konnte. Mehr noch. Ihm wurde klar, Ägypten könne diese



im Herzen der arabischen Nation nur dann erfüllen, wenn es wirtschaftlich und sozial aufblühe.

Das Hauptvorhaben war der Aswan-Hochdamm. Reguliertes Wasser sollte Hungersnöte abwenden und Neuland gewinnen, Arbeit und Brot schaffen sowie der Industrialisierung Energie liefern. „Aswan“ stieg zum Symbol der Regierung auf. Es wurde aber auch zum Prestigeprojekt der Rivalität zwischen dem Westen und dem Ostblock um Paktfreie. Der Kreml gewann dies Rennen, das Waffenlieferungen ergänzten. Washingtons kurzichtiges Nein zur Finanzierung des Damms ließ Abd an-Nasir die Sueskanalfirma verstaatlichen, um Geld für den Hochdamm zu erhalten. Imperiale Pläne in Paris und London, wo man diese Souveränität verwarf, führten zum Sueskrieg. Dabei sprang Israel als Trittbrettfahrer auf den Zug alter Mächte.

Da gingen für viele Araber die Trikolore samt Union Jack und Davidstern unter, der Rote Stern und das Sternbanner hingegen auf. Paris und London hatten verloren. Westjerusalem verspielte Chancen seiner regionalen Integration, indes Moskau mit Atomwaffen den Rückzug erzwang. Washington trat seinen Verbündeten diesmal nicht bei.

Während bei der Ägyptisierung der Sueskanalfirma Franzosen und Belgier ausbezahlt wurden, verwandelte sich der Staat in einen Unternehmer.

Das wies den Weg für weitere Verstaatlichungen, bei denen bis Mitte der 60er Jahre aus- und inländische Unternehmen den neuen staatlichen Sektor bildeten. Verlierer waren 600 Aktionäre, deren Anteile in 367 Unternehmen teil- bis voll verstaatlicht wurden. Dafür entstanden staatliche Holdings in 38 Zweigen, die 13 Ministerien untergeordnet waren. Ein Heer von Beamten gewann so die Verfügung über die Wirtschaft. Es bildete neben vielen Bauern, denen die Landreform Boden gab, die Stütze der „ägyptischen Militärgesellschaft“: Eine Symbiose aus Militärs, bürokratischen Bourgeois und Fellachen.

Neben Großgrundherren zählten umgekehrt zu Verlierern der „sozialistischen Wende“ auch politische Gruppen, darunter die Linken und die Muslim-Brüder.

Den Intellektuellen misstraute Abd an-Nasir ohnehin, so dass er sie inhaftieren oder überwachen ließ, indes er in den Islamisten potenzielle Rivalen sah. Ihre Organisation war zwei Jahrzehnte vor den Freien Offizieren gegründet worden, und zwar mit einer im islamischen Erbe wurzelnden Mission. Sie hatten versucht, ihn zu ermorden, zumal der Präsident einst einen Frieden mit Israel sondieren ließ. Seither unterdrückte er die Muslim-Brüder polizeistaatlich und ließ gar ihren Vordenker, Sayid Qutb, aufhängen. Wie im Innern Staat und Religion zu trennen seien, so wandte er sich als Prä-

sident einer Republik gegen den Islam in der Außenpolitik, denn zu seinen Rivalen gehörten die Monarchien des ostarabischen Raumes, vor allem der Arabischen Halbinsel. So zuwider waren den Militärs diese Königshäuser, dass sie eigene Truppen im Bruderkrieg an der Grenze des Jemens zu Saudi-Arabien geopfert haben. Das beschleunigte den raschen Niedergang des nasseristischen Modells und seines Arabischen Sozialismus.

Ägyptens Niederlage gegen Israel erhellte im Juni-Krieg 1967 Schwächen des Systems.

Es war aus Europa kopiert, wurzelte nicht im Land der Pharaonen und der al-Azhar-Universität. Die Eigenstaatlichkeit erbrachte weder außen noch innen Freiheit: Das Land hing am Ostblock und geriet zur Diktatur des Präsidenten, von vielen noch verehrt, von anderen nicht minder gehasst.

Die Industrialisierung scheiterte, das „Made in Egypt“ vom Auto über das Flugzeug bis zur Rakete. Liberalität, die Ägypter kannten, war ausgehöhlt. Der Staat war mit seiner Organisation ein Vormund. Davon zeugten die Lügen über den Krieg. Die Paktfreiheit zerbrach. Ein positives Konzept der Region und ihrer Konflikte, das die Türkei, Israel und Iran einbezog, fehlte.

Dennoch legte Abd an-Nasir, mit dem nach anderthalb Jahrhunderten ein Ägypter das nationale Ruder übernahm, die Saat für Reformen seiner Nachfolger auf der Suche nach einem pluralen Rechtsstaat, in dem die Demokratie nicht nur eine Worthülse bleibt, wo Staats- und Privatwirtschaft ausgewogen sowie Religionen der Mehrheit und Minderheit gleichgestellt sind; nach einer Ordnung, die nicht nur kosmetisch eine Rolle für Frauen findet, für eine Hälfte der Bevölkerung. Abd an-Nasirs Radikalität zeitigte Erfahrungen über arabische Räume hinaus, selbst wenn nicht wenige dabei sind, durch die deren Bewohner lernen, was nicht erstrebenswert ist und wie es nicht gemacht werden sollte. Abd an-Nasirs Freie Offiziere suchten den „richtigen Weg zur wirtschaftlichen und politischen Freiheit“, jedoch brachten sie Ägypten weit davon ab.

Der Umbruch von 1952 und der Nasserismus bildeten einen Schritt vorwärts - und zwei zurück.



Sigrid Faath

# „Revolution der Befreiung“: Algerien

**Algerien blickt 2002 auf 40 Jahre Unabhängigkeit zurück. Die Idee der nationalen Unabhängigkeit fand in dem 1831 von Frankreich kolonisierten Land in den 1940er Jahren immer mehr Verfechter. Am 10. Juli 1954 wurde das *Comité Révolutionnaire d'Unité et d'Action* gegründet, dessen Aufgabe die Koordinierung der Nationalisten und die Organisation des bewaffneten Aufstandes war. Unter dem Namen *Front de Libération Nationale* (FLN) verbreiteten die Mitglieder des Komitees am 1. November 1954 die *Proklamation des 1. November* und leiteten damit den „ersten Tag der algerischen Revolution“ und den algerischen Befreiungskrieg ein.**

Ziel „1. November“ war die Errichtung eines „souveränen, demokratischen und sozialen algerischen Staates im Rahmen islamischer Prinzipien“, die Respektierung aller Grundrechte „ohne Unterschied der Rasse oder Religion“. Es sollte nicht nur ein Bruch mit der kolonialen Ordnung, sondern auch mit der präkolonialen Ordnung umgesetzt werden. Als am 5. Juli 1962 die Unabhängigkeit des Landes gefeiert werden konnte, was das erste Etappenziel der algerischen Revolution erreicht.

Der institutionelle Aufbau des Landes wurde in der ersten algerischen Verfassung von 1963 verankert. Algerien sollte demnach eine demokratische sozialistische Volksrepublik werden, in der die Macht vom Volk ausgeht. Die 1960er Jahre waren jedoch von Machtkonflikten geprägt. Der Putsch vom 19. Juni 1965, mit dem Verteidigungsminister Oberst Houari Boumedienne an die Macht kam, konsolidierte autoritäre Tendenzen. Mit dem von Militärs dominierten Revolutionsrat wurde zudem eine Entscheidungsinstanz gegründet, die der Verfassung vorgeordnet war. Die „nationale Einheit“ und Konsens sichern war zentrales Anliegen der Führung; diese Aufgabe wurde der aus dem politischen Arm der Befreiungsfront hervorgegangenen Einheitspartei FLN und ihren Massenorganisationen übertragen.

Die sozialistische Umgestaltung des Landes setzte nach der Machtkonsolidierung Boumediennes Ende der 1960er Jahre mit einer Agrarreform (1971 Kollektivierung der Ländereien; Gründung „sozialistischer Dörfer“) und dem Aufbau der großen staatlichen

Unternehmen und Industrieanlagen („Entwicklung durch Industrialisierung“) ein. Die *Nationale Charta* von 1976 schrieb die Fortsetzung der sozialistischen Politik fest. 1976 erhielt Algerien ferner eine neue Verfassung und der Revolutionsratsvorsitzende wurde zum Präsidenten der Republik gewählt. Das 1976 etablierte System war weiterhin autoritär und zentralistisch strukturiert.

Der Tod Präsident Boumediennes am 27.12.1978 leitete eine Umbruchphase ein. Unter seinem Nachfolger, Oberst Chadli Bendjedid (1979-1992), wurde schrittweise entideologisiert. Bereits im Januar 1979 verfügte die FLN-Führung die Abschaffung des Revolutionsrates. Ab 1980 folgten Reformeingriffe im Wirtschaftsbereich und 1986 eine Umorientierung im soziokulturellen Bereich: In der „angereicherten Nationalen Charta“ wurden erstmals – eine Reaktion auf gewaltsame Unruhen Anfang der 1980er Jahre – die kulturellen berberischen Wurzeln Algeriens anerkannt. Die Gründe für das immer deutlicher werdende Abrücken von einer Fortführung der „sozialistischen Revolution“ waren finanzieller (Rückgänge der Erdöleinnahme als Folge des weltweiten Rohstoffpreisverfalls) und soziopolitischer wie auch sozioökonomischer Art, denn mit sinkender Verteilungskapazität des Staates traten nicht nur die sozialen Unterschiede krasser hervor, es wuchsen zudem die Widerstände gegen einzelne politische Maßnahmen und die politische Opposition gegen einen Staat, der die Bedürfnisse eines immer größer werdenden Teils seiner Bevölkerung (nach Arbeit; Gesundheits-, Bildungs-, Infrastrukturleistungen) nicht mehr befriedigen konnte.

Der breite gesellschaftliche und politische Konsens der 1970er Jahre, abgestützt durch die umfassende Streuung staatlicher Leistungen, war aufgrund der steigenden Leistungsdefizite des Staates umgeschlagen in Kritik, Ablehnung, Aufkündigung der Loyalität, bis hin zur militanten Gegnerschaft. Die starren Systemstrukturen wurden bis 1988 beibehalten, so dass kein Raum für eine konstruktive Ausein-

dersetzung zwischen Kritikern, Opposition und Staatsführung blieb. Erst die gewaltsamen Unruhen von 1988 führten zu grundlegenden Veränderungen des politischen Systems. Mit der neuen Verfassung vom Februar 1989 wurde Parteienpluralismus zugelassen. Mitte der 1990er Jahre kehrte sich die Staatsführung vollends von den ehemaligen sozialistischen Konzepten ab und bekannte sich zur Marktwirtschaft; die „sozialistische Revolution“ fand damit auch formal ihr Ende.

Ein tatsächlicher Erfolg der algerischen Revolution von 1954 ist zweifellos das erste Etappenziel der Befreiungsbewegung, die Erringung der Unabhängigkeit. Zu nennen wären ebenfalls – auch wenn ihre Effekte heute nicht mehr zu spüren sind – die in den 1970er Jahren (im Vergleich zum Ist-Zustand 1962) erreichten Erfolge der Alphabetisierung und der Schulausbildung, von der alle Schichten der Bevölkerung profitierten. Ähnliches gilt für den Gesundheitssektor.

Die negativen Folgen des fehlgeschlagenen sozialistischen Entwicklungskonzeptes, überwiegen jedoch. Die Teilliberalisierungen des politischen Systems seit 1989 brachten zudem latente Konflikte wieder an die Oberfläche wie z.B. die Identitäts- und Sprachenfrage. Die unbefriedigende Situation der Berberophonen, deren Forderung nach Anerkennung der berberischen Sprache als zweite gleichberechtigte Nationalsprache neben Arabisch seit den 1980er Jahren nicht erfüllt wurde, mündete – verschärft durch die soziale Situation – im Frühjahr 2001 in einen bis heute anhaltenden gewaltsamen Konflikt mit der Staatsführung. Ähnlich führte die ungeklärte Stellung der Religion im Staat zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der extremistischen islamistischen Bewegung.

Als Resümee bietet sich ein Zitat aus dem Film „Die Schlacht von Algier“ an: „Eine Revolution zu beginnen ist sehr schwierig. Sie in Gang zu halten noch schwieriger. Sie zu gewinnen fast unmöglich. Aber wenn sie einmal gesiegt hat, dann fangen die Schwierigkeiten erst richtig an.“

Hanspeter Mattes

**Als am 30. Juni 1989 der *Revolutionary Command Council for National Salvation (RCCNS)* unter Führung von General Hasan Umar al-Bashir die Macht im Sudan übernahm, war durch die islamische Konnotation im Namen (Rettungsrevolution/thaurat al-inqadh) – analog z.B. der algerischen *Islamischen Heilsfront* (al-jabha al-islamiya lil-inqadh) – für die Sudanesen die islamistische Ausrichtung der Revolution klar, auch wenn diese sich anfangs nicht offen manifestierte.**

Insofern der RCCNS eine demokratisch legitimierte Regierung – nämlich jene von Sadiq al-Mahdi – stürzte, kam das neue Regime unter erheblichen Rechtfertigungsdruck. In der Proklamation der Rettungsrevolution vom 30. Juni ging Bashir deshalb ausführlich auf die Gründe für den militärischen Staatsstreich ein, wobei als Argumente die Verfälschung der Demokratie, der Missbrauch der Institutionen, der vernachlässigte Kampf gegen Chaos, Korruption und Nepotismus sowie der ungelöste Südsudankonflikt und die Abwertung der bewaffneten Streitkräfte angeführt wurden. Auffallend war, dass auf den Islam aus taktischen Gründen nur rudimentär Bezug genommen wurde, und sich das islamistische Profil des RCCNS erst 1990 nach erfolgter Machtkonsolidierung und mit der immer stärkeren öffentlichen Präsenz Hasan al-Turabis als dem eigentlichen *spiritus rector* der Rettungsrevolution akzentuierte.

Ab 1990 hat sich sukzessive mit immer neuerlichen *Republikanischen Dekreten* der Charakter der formal weiterhin bestehenden *Republik Sudan* hin zu einer islamischen Republik



## Auf dem „Weg Gottes“: Revolution im Sudan

– der ersten ihrer Art im sunnitischen Bereich – gewandelt, wobei dieser Islamisierungsprozess sich sowohl auf die staatlichen Strukturen als auch die Gesellschaft bezog.

Im staatlich-institutionellen Bereich sollten anders als zur Zeit des Parlamentarismus 1986-1989 mit der Einführung des Beratungs-/Shura-Prinzips und der Scharia islamische Kriterien umgesetzt werden. Resultat war nach einem generellen noch am 30. Juni 1989 verhängten Parteienverbot die Organisation diverser Sektorkonferenzen (Frauen, Studenten, Diplomaten etc.) und die Organisation der *National dialogue conference on the political system* (August 1990), dessen Teilnehmer sich auf ein föderales, jedoch hierarchisch strukturiertes parteiloses politisches System einigten. Kern des neuen politischen Systems sind trotz der Wiederrücknahme politischer Vereinigungen (1998) innerhalb der dominierenden staatlichen Sammlungsbewegung Basisvolkskonferenzen und Sektorkonferenzen; die Spitze des Systems bildet der *National Congress*.

Dieser Weg wurde abgesehen von der Wiedereinführung der Scharia März 1991 (seit dem Sturz Numairis 1985 war die Anwendung der Scharia suspendiert) mit zahlreichen Einzelmaßnahmen beschränkt, die die Bevölkerung des Sudan immer stärker in ein religiös begründetes Vorschriftenkorsett zwängten. Im Bereich der Wirtschaft gab es so nach der bereits Oktober 1989 erfolgten Anweisung zur Schließung aller Verkaufslokale und Geschäfte während des Freitaggebetes ab Januar 1990 ein Zakat-Gesetz und ab August 1990 das Verbot aller Bankzinsen, ab Oktober 1997 ein Verbot aller Lotterien. Diese galten als genauso „unislamisch“ wie die Familienprogramme der UNO, die 1997 endgültig ausgesetzt wurden. Die Geschlechtertrennung im öffentlichen Transportwesen, das Verbot für Frauen, sich von männlichen Frisören die Haare schneiden zu lassen und die – bei Verstößen mit Peitschenhieben durchgesetzte – islamische Kleiderordnung für Frauen wurden bereits Anfang der 1990er Jahre erlassen. Das im September 2000 in *Khartum*

*State* beschlossene selektive Arbeitsverbot für Frauen musste hingegen nach heftigen Protesten teilweise zurückgenommen werden.

Es gibt fast keinen Bereich der Gesellschaft, der nicht mit entsprechenden Maßnahmen „islamkonform“ umgestaltet wurde; ob das „islamische Programm zur Resozialisierung von Strafgefangenen“, die in den 1990er Jahren mehrfache Reorganisation des Pressewesens, weil es bislang die „Werte des Islam nur unvollkommen vermittelte“, die Islamisierung der Schulcurricula und der Ausbau des religiösen Schulwesens, stets war die islamistische Zielrichtung eindeutig. Genauso eindeutig bestimmbar waren aber auch die Opfer des mit repressiven Mitteln und der islamischen *Peoples Defence Forces* und der *National Salvation Committees* abgesicherten Islamisierungskurses, nämlich neben den moderaten Muslimen vor allem die Kopten im Nordsudan, die dort ansässigen Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Südsudan – in der Regel Christen oder Anhänger afrikanischer Naturreligionen – und die nichtmuslimischen Südsudanesen. Massive islamische Mission bis hin zum Einsatz des Hungers als politische Waffe (Hilfe nur bei Konversion), die Ausweisungspolitik gegenüber ausländischen christlichen Missionaren und ein Verbot von Kirchenneubauten kennzeichnen bis heute die sudanesischen Politik und das Verhältnis zwischen Staatsislam und seinen Apologeten auf der einen und den Nichtmuslimen als Staatsbürger zweiter Klasse auf der anderen Seite.

Die Bilanz der sudanesischen Rettungsrevolution fällt zwangsläufig janusköpfig aus. Die Staatsführung hat bislang trotz zahlreicher Herausforderungen wegen ihrer hohen Repressionsbereitschaft an ihrem islamistischen Gesellschaftsprojekt keine Abstriche machen müssen und ist hierzu auch in Zukunft nicht bereit; für die Gegner des islamistischen Kurses ist der häufig vorausgesagte Sturz des Regimes u.a. mangels interner Zerstrittenheit ein Wunsch geblieben und damit die Revolution eine über 13jährige Leidensgeschichte.

Henner Fürtig

**Irak wurde nach dem 1. Weltkrieg von der britischen Regierung aus Teilen der osmanischen Erbmasse, den Provinzen Bagdad, Basra und Mossul „gezimmert“. 1920 sanktionierte der Völkerbund die Landnahme, als er Großbritannien das Mandat für Irak übertrug. Um einen ihrer arabischen Hauptverbündeten aus dem 1. Weltkrieg abzufinden, verwandelten die Briten das Mandat 1921 formal in eine haschemitische Monarchie.**

Allerdings war der ethnische und religiöse „Flickenteppich“ aus Kurden und Arabern, Sunniten, Schiiten und Christen, die Irak bevölkerten, nicht einfach zu regieren. 1932 wurde Irak deshalb formal für unabhängig erklärt und in den Völkerbund aufgenommen. Trotzdem blieb das Land britisch besetzt. Im eigentlichen Staatsapparat gab jetzt aber die von den Briten geschaffene und weiterhin eng mit ihnen zusammenarbeitende Oberschicht den Ton an. Dieses Konstrukt überstand den 2. Weltkrieg und die Gründung der Arabischen Liga. Was es letztlich nicht überstand, war die „schleichende“ Wirkung der ersten erfolgreichen arabischen Revolution nach dem 2. Weltkrieg, der 1952 erfolgte Machtübernahme durch „Freie Offiziere“ in Ägypten.

Am 14.7.1958 rissen Nachahmer des ägyptischen Vorbilds unter Führung von Brigadegeneral Abd al-Karim Qasim und Oberst Abd as-Salim Muhammad Arif in Irak die Macht an sich. Sie töteten König Faisal II., die Hauptstädter lynchten dessen verhassten Premierminister Nuri as-Sa'id. Mit der Abschaffung der pro-britischen Monarchie und der Ausrufung der Republik erlangte Irak die vollständige Souveränität. 1961 entzog die Regierung der britisch kontrollierten Iraq Petroleum Company (IPC) alle ungenutzten Konzessionsgebiete: mehr als 90% der ursprünglichen Konzession. Auch innenpolitisch verfolgte die neue Regierung zunächst einen Kurs umfangreicher sozialer und demokratischer Reformen. Parteien und Gewerkschaften wurden legalisiert und eine neue Verfassung verabschiedet. Im Bündnis mit den Kommunisten betrieb Qasim auch die rasche Entmachtung der sozialen Säulen der Monarchie. Noch am 30.9.1958 beschränkte das Agrarreformgesetz den Großgrundbesitz, knapp die Hälfte des land-

# Irak: Die entschwundene Revolution

wirtschaftlich nutzbaren Bodens sollte umverteilt werden. Schon kurz nach der Revolution begann ein Machtkampf zwischen Qasim und Arif, der im September 1958 mit der Verhaftung Arifs endete. Die Alleinherrschaft Qasims gestaltete sich sukzessive immer diktatorischer. 1961 entfachte er einen Krieg gegen die Kurden Iraks und versuchte gleichzeitig erfolglos Kuwait zu annektieren. Qasim isolierte sich zunehmend von der Bevölkerung. Deshalb erntete die Ba'th-Partei auch keinen nennenswerten Widerstand, als sie am 8. Februar 1963 gegen Qasim putschte und ihn umbrachte. Mit Abd as-Salim Muhammad Arif war aber der andere Hauptprotagonist der Revolution noch am Leben. An der Spitze der Armee beendete er schon am 18.11.1963 die kurze Ba'th-Herrschaft.

Die Form des Nationalismus, die Arif vertrat und die Brücken zum Nasserismus zu schlagen trachtete, scheiterte nicht mit seinem Unfalltod, 1966, und der Amtsübernahme durch seinen schwachen Bruder Abd ar-Rahman, sondern mit der verheerenden Niederlage des Nasserismus im Junikrieg 1967. Die Ba'th-Partei hatte deshalb relativ „leichtes Spiel“, als sie am 17. Juli 1968 erneut – und dieses Mal auf Dauer – nach der Macht griff. Ein weiteres Mal standen die Zeichen auf Hoffnung, auf Fortführung des 1958 Begonnenen. In der National-Progressiven Patriotischen Front (NPPF) schien das nationalistisch-linke Bündnis eine Neuauflage zu erleben, mit dem Agrarreformgesetz vom 21. Mai 1970 wurde der abgebrochene Prozess der Agrarumgestaltung wieder aufgenommen und vertieft. Am 11. März 1970 gestand ein Abkommen den Kurden Autonomie und Beteiligung an der Regierung zu. Am 1. Juni 1972 begann mit der endgültigen Verstaatlichung der IPC die Nationalisierung des gesamten Erdölsektors. Ein Jahr später setzte der Boom auf dem Welterdölmarkt ein; Irak erhielt innerhalb kurzer Zeit die finanziellen Voraussetzungen für eine rasante wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Der im April 1972 mit der Sowjetunion abgeschlossene Freundschaftsvertrag dokumentierte eher die nationalis-

tsche Abkehr von der ehemaligen westlichen Hegemonialmacht, als das tatsächliche Bestreben, dem realsozialistischen Gesellschaftsmodell nachzueifern. Der eigenständigen Entwicklung Iraks schien nichts im Wege zu stehen.

Doch erneut verspielte Allmachtsanspruch, dieses Mal der der Ba'th-Partei, die Chance. 1974 flammte der Kurdenkrieg wieder auf, Repressalien gegen Andersdenkende begleiteten die gesamte zweite Hälfte der 1970er Jahre.

Am 16. Juli 1979 putschte der damalige Vizepräsident Saddam Hussein gegen Präsident Ahmad Hassan al-Bakr und übernahm – unter formaler Fortsetzung der Führung des Landes durch die Ba'th-Partei – die Alleinherrschaft. Innerhalb kurzer Zeit wurde daraus durch forcierte Gleichschaltung des politischen Lebens und grausame Unterdrückung bzw. physische Liquidierung jeglichen Widerstandes eine ungehemmte Diktatur. Nicht nur, dass Saddam Hussein damit den Anspruch der Revolution von 1958 endgültig verspielte, er führte sein Land auch in zwei verheerende Kriege (1980 – 1988 gegen Irak, 1. Golfkrieg; 1990/91 gegen die UNO-Allianz um Kuwait, 2. Golfkrieg), die Hunderttausende von Toten und Milliarden US-Dollar an Schäden und Auslandsschulden mit sich brachten.

Mehr als zwanzig Jahre Diktatur Saddams erhärteten den Verdacht, Irak sei hinter vorrevolutionäre soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Parameter zurückgefallen, wenn die regionalen und nationalen Verhältnisse von 1958 als Maßstab angelegt werden. Verschuldung und UNO-Sanktionen engen den außenpolitischen Handlungsspielraum Iraks de facto nicht minder ein, als es das britische Kuratel bis 1958 vollbrachte. Angesichts der wirtschaftlichen Nöte und politischen Unterdrückung mehren sich in Teilen der Bevölkerung sogar nostalgische Erinnerungen an die Monarchie. Völkerrechtlich ist Irak weiterhin souverän und Republik, aber gemessen an ihren Ansprüchen und Zielsetzungen wird es vielen Irakern so scheinen, als habe die Revolution von 1958 niemals stattgefunden.

Hanspeter Mattes

**Die libysche Revolution, die sich am 1. September 2002 zum 33. Male jährte und untrennbar mit der Person Mu'ammar al-Qaddafis (geb. 1942) verknüpft ist, ist auf den ersten Blick allein durch ihre Langlebigkeit eine Erfolgsgeschichte, hat sie doch zahlreiche interne Herausforderungen (Putschversuche; islamistische Opposition; Opposition gegen ideologisch motivierte Wirtschaftseingriffe etc.) und außenpolitische Konflikte (mit Ägypten; Tschad; Sudan; den USA, vor allem wegen des Terrorismusvorwurfes; etc.) sowie die „schwarze Dekade“ der UNO-Sanktionen 1992-1999 überstanden.**

Mehr noch: Libyen präsentiert sich selbst heute nach außen als „Land der Stabilität und der Prosperität“, das beginnt, nach Suspendierung der UNO-Sanktionen im April 1999 seinen Platz in der internationalen Staatengemeinschaft wieder einzunehmen.

Ein zweiter und analytischerer Blick auf die Septemberrevolution zeigt hingegen ein differenzierteres Bild: Weder so weiß, wie es die Eigenperzeption wahrhaben möchte, aber auch nicht so schwarz, wie es vor allem die US-Administration zu zeichnen pflegt.

Die libysche Revolution, angeführt vom 12köpfigen Revolutionären Kommandorat unter Vorsitz Qaddafis (Titel seit März 1979: Revolutionsführer), hat entsprechend der Proklamation der Libyschen Arabischen Republik und entsprechend dem Revolutionsmotto *Freiheit, Sozialismus, Einheit* sowie der allem zugrundeliegenden Ambition der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes umgehend tiefgreifende Entwicklungen in den Bereichen Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in die Wege geleitet. Diese Entwicklungen entlang den ideologischen Vorgaben Qaddafis (niedergelegt in der sog. *Dritten Universalen Theorie* und ihrer Handlungsanleitung, dem *Grünen Buch*) verzeichnen nach über drei Dekaden Revolutionspraxis unterschiedliche Realisierungsgrade als Folge unterschiedlicher Umsetzungsgeschwindigkeiten und unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade (Widerstände).

Relativ einfach war der Prozess der nationalen Selbstbefreiung (Räumung der britischen und amerikanischen Militärstützpunkte; Ausweisung der letzten italienischen Siedler) und die

# Zwischen Ideologie und Pragmatismus: Libyen

Dekretierung einer ganzen Reihe von Einzelmaßnahmen zur Stärkung der arabisch-islamischen Identität, die von der Bevölkerung auch mitgetragen wurden. Hierzu gehörte u.a. die strikte Arabisierungspolitik, ein Alkoholverbot, die obligate Einführung des Hijra-Kalenders und eine verstärkte islamische Mission.

Bereits weniger Zustimmung fand innerhalb der konservativen libyschen Gesellschaft die politische und ökonomische Rolle, die Qaddafi ab 1974 den Frauen zuschrieb. Die Frauen sollten als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen nicht nur in den seit 1975 aufgebauten direktdemokratischen politischen Institutionen (gemäß *Grünem Buch*, Teil I) mitarbeiten und Führungsfunktionen übernehmen, sondern auch voll in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden, eine Zielsetzung, die weitgehend erreicht wurde.

Der Widerstand insbesondere der Religionsgelehrten gegen die Wehrpflicht für Frauen (und die erste arabische Frauenmilitärakademie) wurde von Qaddafi mittels Repression gebrochen.

Repression kam auch gegen den Widerstand jener Wirtschaftskreise zum Tragen, die ab 1978 gegen die Umsetzung der Produzentenrevolution (= Sozialisierung der Privatunternehmen), die Sozialisierung des Mietwohnraumes und die Verstaatlichung des Privathandels opponierten. Diese ideologisch motivierten Wirtschaftseingriffe gemäß dem *Grünen Buch* Teil II verursachten nicht nur die Exilierung zahlreicher betroffener Familien, sondern legten auch die Grundlage für das Scheitern der libyschen Entwicklungsrevolution, weil trotz enormer Deviseneinnahmen aus dem Erdöllexport und trotz erheblicher materieller Investitionen der unternehmerische Privatgeist beseitigt wurde.

Die daraus resultierenden ökonomischen Probleme waren indes so groß, dass Qaddafi bereits Ende der 1980er Jahre Reformmaßnahmen im Sinne einer Entideologisierung der Wirtschaft einleiten musste, die nach der Blockadezeit der UNO-Sanktionen 1992-1999 unter dem Stichwort Liberalisie-

rung, Öffnung Libyens für Auslandsinvestitionen und Stärkung des Privatsektors wiederaufgenommen und derzeit in voller Umsetzung sind.

Der bei dieser wirtschaftspolitischen Neuorientierung zum Ausdruck kommende Pragmatismus ist ein Kennzeichen der libyschen Revolutionsführung, der sich auch im politischen Bereich wiederfindet.

Nachdem die Übernahme des nasseristischen Verfassungsmodells, nämlich der Aufbau einer Einheitspartei (Arabische Sozialistische Union) im Juni 1971 nicht den erhofften Mobilisierungseffekt der Bevölkerung erbrachte, wurde mit der programmatischen Rede Qaddafis in Zuwara April 1973 eine auf exekutiven Volkskomitees und legislativen Volkskonferenzen basierende Staatstruktur propagiert und aufgebaut, die den Nasserismus weit hinter sich ließ.

Blieb die Grundstruktur dieses formal direktdemokratischen politischen Systems auch bis heute erhalten, so haben zwei Faktoren verhindert, dass das System objektiv seine Funktionsfähigkeit demonstrieren konnte: Der erste ist die permanente Reorganisation des Systems in Teilbereichen hin zu einem System organisierter Nichtzuständigkeit mit dem Ergebnis, daß allein die Revolutionsführung über alles zentral entscheidet; der zweite Faktor ist die Gründung von sog. Revolutionskomitees ab 1977, dessen Mitglieder loyale Qaddafianhänger sind und die auf allen Ebenen des Systems (bis heute) politische Opposition neutralisieren (im Extremfall wie in den 1980er Jahren auch liquidierten) bzw. für die Umsetzung revolutionärer Vorgaben sorgen.

Kennzeichen der libyschen Revolution ist damit weniger ideologischer Dogmatismus als vielmehr die Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle bzw. der eigenen Macht.

Kennzeichen ist aber auch, dass die Revolutionsführung - bis heute nicht als Ergebnis von Wahlen im Amt, sondern als Folge einer militärischen Machtübernahme - mit dem Anspruch revolutionärer Legitimität antritt, am besten die Ziele des libyschen Volkes formulieren und umsetzen zu können.

Henner Fürtig

**Gemessen am Grad der erreichten Umwälzungen und der Massenbeteiligung, steht die iranische Revolution von 1978/79 durchaus in der Tradition der französischen Revolution von 1789 und der russischen Revolution von 1917. Auch Verlauf und Ergebnisse dieser Vorgängerinnen weisen erstaunliche Parallelen zur iranischen Revolution auf. Das beginnt schon mit der Eigenschaft, die Crane Brinton allen derartigen Massenrevolutionen zugeschrieben hat: nämlich ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein zu entwickeln und das Bestreben, die gesamte Welt an den eigenen Erfolgen teilhaben zu lassen. Ajatollah Khomeini und seine Getreuen sahen jedenfalls die iranische Revolution als Ausgangspunkt für die universale Geltendmachung des Islam an.**

**Die visionäre Phase.** Der Revolutionsführer umgab sich nach dem Sturz des Schahs zunächst mit Kräften, die einem visionären Islam anhängen und die quasi die idealisierten Verhältnisse unter den rechtgeleiteten Kalifen wiederbeleben wollten. Khomeini bestärkte sie in ihrem Ansinnen, dass es jetzt nicht um die Erfüllung materieller Bedürfnisse, sondern um die seelische Vervollkommnung der Muslime gehe. Genügsamkeit und Egalitarismus bestimmten die frühen Schlagworte. Dazu passt, dass sich die iranischen Revolutionäre als Avantgarde der Unterdrückten und Benachteiligten der Welt in ihrem Kampf gegen die Dominanzbestrebungen des Westens und namentlich der USA sahen. Ihrer festen Überzeugung nach war der Islam die einzige machtvolle Alternative zu diesen Bestrebungen. Aus dieser Auffassung entnahmen sie den Auftrag, dem Islam universelle Geltung zu verschaffen. Revolutionsexport, *sudure enqelab*, wurde zum bestimmenden Credo der frühen, von Khomeini direkt bestimmten iranischen Außenpolitik. Obwohl unzählige Aussagen und Schriften belegen, dass die iranische Revolution Muslime in der aller Welt mit Stolz erfüllte und sie ermutigte, blieb dem direkten Revolutionsexport doch - nach bescheidenen Ansätzen in Libanon, Bahrain, Saudi-Arabien, Irak und Afghanistan - der Erfolg versagt. Das schiitische Wesen der iranischen Revolution ließ sich ebenso wenig leugnen, wie das eingeschränkte materielle Potential Irans. Der achtjährige Krieg gegen Irak, der alle Kräfte

## Iran: Islamische Modellrevolution?

des Landes forderte, begrub Hoffnungen auf einen militärischen Export der Revolution endgültig.

Ein ähnliches Schicksal erlitten Khomeinis Bemühungen um die Errichtung eines islamischen Staates. In seinem Hauptwerk „*velayat-e faqih*“ (Die Herrschaft des Rechtsgelehrten, auch unter „Der islamische Staat“ bekannt) hatte er seine Auffassung begründet, dass die Trennung der Religion von der Politik den Lehren des Islam fundamental widerspräche. Der Islam sei vor allem ein göttliches Gesetz, nicht dazu gegeben, um studiert und in religiösen Schulen gelehrt zu werden, sondern angewendet und in Form eines Staates institutionalisiert zu werden. Er hatte das Konzept der gesamten *umma* zgedacht, musste aber bald ernüchert feststellen, dass es von dieser mehrheitlich als originär schiitisches Modell angesehen und daher abgelehnt wurde. Das veranlasste ihn dazu, den islamischen Staat zunächst in den vorgefundenen territorialen Grenzen Irans zu errichten.

**Die pragmatische Phase.** Selbst die unfreiwillige Beschränkung des islamischen Staatsaufbaus auf Iran erwies sich im ausgehenden 20. Jahrhundert als extrem schwierig. Letztlich musste sich auch Khomeini im Arsenal westlicher Staatstheorie bedienen. Er verwendete Begriffe wie „Volk“ neben „Muslime“, bezeichnete seinen Staat als „Republik“, der er zudem eine Verfassung gab. Viele Merkmale des von ihm gestürzten Staates blieben in abgewandelter Form erhalten. Damit entstand ein Spannungsverhältnis zwischen „islamisch“ und „Republik“, im Staatsnamen verewigt und bis in die Gegenwart nicht gemildert. Definitorisches Herzstück von Khomeinis „Islamischer Republik“ blieb das Prinzip der Herrschaft des Rechtsgelehrten.

Als 1988 der achtjährige Krieg gegen Irak de facto verloren, die Wirtschaft ausgeblutet und Iran international isoliert war, stand längst nicht mehr die Vision des islamischen Weltstaates, sondern die Existenz der Islamischen Republik Iran auf dem Spiel. Deshalb sorgte der greise Revolutionsführer noch in seinen letzten Lebensmonaten dafür, dass nun die nationalstaatli-

chen Interessen Irans endgültig das Primat bekamen. Wieder klingen Erinnerungen an eine andere Massenrevolution an, die sich zunächst die „proletarische Weltrevolution“ auf die Fahnen geschrieben hatte, um dann – ernüchert – den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ zu verkünden. In Iran sollten jedenfalls nun Pragmatiker wie der neue Präsident Rafsanjani und nicht Idealisten das Fortbestehen des Staates sichern. Für den neuen Präsidenten und seine Regierung stand die wirtschaftliche Gesundung des Landes an erster Stelle.

**Die Doppelherrschaft.** Natürlich konnte nach Khomeinis Tod, 1989, die „Linie des Imam“ auch anders interpretiert werden: im Sinne eines Aufschubens des ursprünglichen Plans, bis sich die Voraussetzungen gebessert haben. Der Nachfolger Khomeinis als herrschender Rechtsgelehrter, Ajatollah Khamenei, fand z.B. im Ausgang des Ost-West-Konflikts eine neue Aufgabe für Iran. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks entwickelte er sich zum Propheten einer neuen Bipolarität des internationalen Systems, eines neuen Antagonismus, deren Hauptprotagonisten der Westen und die islamische Welt sein würden. Khamenei: „In der Vergangenheit hat der Westen der Sowjetunion und dem Marxismus Priorität eingeräumt, aber jetzt ist seine Aufmerksamkeit auf unsere Region konzentriert, die allein deshalb zur wichtigsten Region wurde, weil hier die islamische Revolution ihren Platz in der Welt einnahm“ (zit. in: BBC-SWB, Reading, ME/1284A/1, 22.1.1992). Daraus leitete er ab, dass die islamische Welt keine andere Alternative habe, als dem Beispiel der Islamischen Republik Iran zu folgen. In der Praxis konnten sich die von Khomeini eigentlich mit der Fortführung seines Erbes betrauten „Republikaner“ gegenüber den „Islamisten“ nicht durchsetzen, Rafsanjani befand sich in seinen beiden Amtszeiten auf dem stetigen Rückzug vor Khamenei. Infolgedessen verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage weiter. In Iran entstand ein erheblicher Reformstau, die Bewohner forderten endlich materielle Früchte für ihre jahrelangen Entbeh-

rungen und vor allem ein Mitspracherecht bei der zukünftigen Entwicklung des Landes. Hier liegen die Wurzeln für den zweimaligen Wahlerfolg Mohammad Khatamis zum Präsidenten, weil er diesen Handlungsbedarf - vor anderen im Establishment - als dringlich erkannt hatte und Lösungen versprach.

Allerdings musste auch Khatami ähnliche Erfahrungen machen wie sein Amtsvorgänger Rafsanjani: die Umgestaltungen verlaufen mühsam, jede einzelne Maßnahme muß gegen den Widerstand der geistlichen Führung durchgesetzt werden, Rückschläge sind an der Tagesordnung. Die Islamische Republik Iran unterliegt seit Khomeinis Tod und insbesondere seit dem Amtsantritt Präsident Khatamis, einer Doppelherrschaft. Im Alltag greifen vor

1999 erstmals mit der Forderung nach Abschaffung der *velayat-e faqih* an die Öffentlichkeit gingen, brachen sie ein Tabu. In der Folgezeit schlossen sich namhafte Dissidenten aus der Geistlichkeit wie der einst designierte Nachfolger Khomeinis, Ajatollah Montazeri und der ehemalige Innenminister Hojjat ol-Eslam Abdollah Nuri der Forderung an. Jetzt geriet selbst Khatami in Gewissensnotstand. Er ist eben nicht nur Präsident, sondern auch islamischer Rechtsgelehrter in der zweithöchsten Position der Islamischen Republik. Seine Biographie lässt nicht erwarten, dass er eine „Revolutionierung der Revolution“, d.h. eine gänzlich andere Republik plant. „Reform“ heißt sein Motto, mit dem einzigen Ziel, die islamische Republik zu erhalten; nicht „Revolution“, um eine neue poli-

und Erhaltung des Sozialismus vollständig gescheitert. Selbst für die konsequentesten Reformen ergibt sich heute das Bild eines dem Westen hinterher „hechelnden“ Russlands, ein Schicksal, das sie Iran ersparen möchten.

Präsident Khatami bekräftigte jedenfalls in einer Fernsehansprache, dass die „iranische Nation ihren Weg nicht verloren hat und verlieren wird, ungeachtet dessen, was andere glauben oder wünschen“ (Vision of the Islamic Republic of Iran, Network 1, 26.2.2000). Da liegt er plötzlich nicht mehr so weit entfernt von Revolutionsführer Khamenei, der in einer Freitagspredigt unmissverständlich erklärte: „Solange ich lebe, werde ich niemandem erlauben, das Land in die Säkularisierung zu führen“ (Voice of the Islamic Republic of Iran, 11.1.2002), für ihn gleichbedeutend mit der Abschaffung der *velayat-e faqih*.

**Fazit.** Nüchtern betrachtet, muss konstatiert werden, daß bisher keine muslimische Gemeinschaft, kein islamischer Staat dem Beispiel Irans folgte. Das liegt - neben den beschriebenen Ursachen - auch daran, dass Iran den Aufbau des Modells selbst noch nicht für abgeschlossen hält. Olivier Roy kam in diesem Zusammenhang zu der interessanten Erkenntnis, dass „Khatami die Möglichkeit einer friedlichen Transformation der islamischen Revolution zu etwas anderem verkörpert, das noch keinen Namen trägt“ (zit. in: Kramer, M. Middle Eastern Lectures 3. Tel Aviv: Moshe Dayan Center 1999, S. 17). Damit griff er - bewusst oder unbewusst - den Anspruch der Reformen auf, dass die Umgestaltung der Revolution nicht ihr Ende, nicht die Kapitulation vor dem Westen sein muss.

Gerade auf Grund ihres Charakters als eine der wenigen Massenrevolutionen der Neuzeit, entzieht sich die iranische Revolution in mehrfacher Hinsicht einer voreiligen Endbewertung.

Niemand wird, auch mehr als zweihundert Jahre danach, die Fernwirkung des Sturms auf die Bastille am 14. Juli 1789 leugnen. Wie klein nimmt sich dagegen die Episode aus, dass zwischen 1814 und 1830 sogar die fünfundzwanzig Jahre zuvor gestürzten Bourbonen ihre Macht in Frankreich restaurierten.



allem die Maßnahmen der national orientierten reformwilligen „Republikaner“ in der Regierung und im eigentlichen Staatsapparat, die Iran - innen- wie außenpolitisch - einen berechenbaren, „normalen“ Wesenszug verleihen wollen, während bei Grundsatzentscheidungen die „islamische“ Seite, die klerikale Führung auf ihrem Privileg der Entscheidungshoheit besteht. Diese Hoheit bleibt solange unantastbar wie das Herrschaftsprinzip der *velayat-e faqih* Bestand hat.

**Die Debatte um die Zukunft der Revolution.** Als die Studenten während ihrer Demonstrationen im Sommer

tische und soziale Ordnung zu errichten. Iranische Intellektuelle, aber auch viele Angehörige der politischen Klasse quälen sich seitdem mit der Frage, inwieweit die einzigartige Staatskonstruktion der Islamischen Republik Iran wirklich reformierbar ist, ohne ihren Charakter irreversibel zu verändern? Obwohl Umstände und Schauplätze von Geschichte nicht austauschbar sind, wird immer wieder das Menetekel des letzten Führers der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, zitiert. Weltweit als Initiator des Zusammenbruchs des totalitären Realsozialismus gefeiert, ist er doch in seinem eigentlichen Anliegen, der Reform

Rudolph Chimelli

**Der Buchdruck wurde im rechten Augenblick erfunden, um die Luther-Bibel und mit ihr die Reformation zu verbreiten. Für die Frühzeit der Revolutionen in der arabisch-islamischen Welt spielte das Transistor-Radio eine vergleichbare Rolle. Es war relativ billig und dank seiner Batterien betriebsfähig, auch wo die Elektrifizierung noch nicht hinreichte. Im Gegensatz zu den Zeitungen mit ihren begrenzten Auflagen sprach das Radio zusätzlich jene breiten Schichten an, die nicht lesen und schreiben konnten. Von Umwälzungen in den Hauptstädten erfuhr die Landbevölkerung jetzt erstmals binnen Stunden, nicht erst nach Tagen oder Wochen wie noch während des Zweiten Weltkriegs.**

Was aus dem Radio kam, brauchte nicht wahr zu sein. Aber es unterschied sich durch seine plakathafte Eindeutigkeit von den Erzählungen und Legenden, aus denen vorher politische Nachrichten für das Volk bestanden hatten. Der Inhalt war stets von den Interessen der neuen Machthaber bestimmt, die sich allenfalls pro forma zur Demokratie bekannten.

Das Resultat war dennoch eine gewisse Demokratisierung der Information, die nun nicht mehr primär für die Eliten produziert wurde. In Cafés und Suks, in Hütten und Zelten, vom Atlantik bis zum Golf lauschten die Menschen besonders in Krisenzeiten auf „Sout al-Arab min al-Kahira“ (die Stimme der Araber aus Kairo) oder auf das Kontrastprogramm BBC, auf politische Weihegesänge oder Unterhaltung, vor allem aber auf die Stimmen ihrer Herren.

Lange vor ihrer Revolution pflegten die Verschwörer gegen Ägyptens Monarchie ihre Beziehung zu den Medien. Gamal Abdel-Nasser hatte bereits Ende 1950 die „Stimme der Freien Offiziere“ gegründet. Diese Flugschrift wurde nach Nassers Anweisungen von seinem Kameraden Khaled Mohieddin redigiert, im Untergrund gedruckt und von den Offizieren selber in Briefkästen gesteckt oder in Kasernen verteilt. Die erste Nummer nahm die mangelhafte Bewaffnung auf's Korn, mit der die ägyptische Armee wegen der Profitgier von Leuten aus der Umgebung des Königs in den Palästina-Krieg von 1948 ziehen musste.

Unter dem Pseudonym „Der unbekannte Soldat“ schrieb General Mohammed Nagib, der spätere Vorsitzen-

## Medien und Revolution: Eine Erfolgsgeschichte

de des Revolutionsrates, in der Wochenzeitung Rose el-Jussef gelegentlich eine Chronik. Nasser selber war in den Jahren vor dem Staatsstreich eng mit dem Chefredakteur von Misri, Ahmed Abul Fath, befreundet. Der spätere Präsident Anwar Sadat, damals aus der Armee entlassen, betätigte sich zeitweise als Amateur-Journalist. Im Jahre 1955, als er längst an der Macht war, kam Nasser in der Wochenzeitung Akher Saat nochmals auf das prägende Erlebnis des Kriegs von 1948 zurück.

Sehr schnell erkannte Nasser den Wert der Unterhaltung für die Beliebtheit eines Regimes. Als puritanische Weggefährten die Sängerin Umm Kulthum ächten wollten, weil sie sich in ihren Augen mit dem Ancien régime kompromittiert hatte, fiel er den Eiferrern in den Arm. „Seid ihr wahnsinnig geworden“, herrschte er sie an.

Die Presse wurde ermutigt, Enthüllungen über die Affäre von Ex-König Faruk mit seiner Tänzerin zu bringen. Einzelheiten bis hin zur Beschreibung der Dessous waren bei solchen Regenbogengeschichten erwünscht. Bereits zur Feier des ersten Monats der Machtübernahme wurden nicht nur Paraden, sondern auch öffentliche Feste und ein Blumenkorso organisiert. Eine Abteilung der Streitkräfte widmete sich der Einrichtung von Theatern und Bauchtanzlokalen mit volkstümlichen Preisen. Konsequenterweise wendete das Regime große Summen für Radio, Fernsehen, Film, Musik, Theater und Kultur im weitesten Sinne des Wortes auf. Die Tendenz wechselte entsprechend dem offiziellen Kurs von populär zu national und sozialistisch. Zugleich wurde der Import von Büchern und Zeitungen aus den arabischen Bruderländern und aus dem übrigen Ausland drastisch beschnitten. Als Grund wurde Devisenmangel vorgeschoben, tatsächlich war jedoch Kontrolle das übergeordnete Motiv. Auf allen Gebieten herrschte drastische Zensur.

Bereits im ersten Jahrzehnt nach dem Umsturz erhöhte Radio Kairo seine tägliche Programmzeit von 33 auf 394 Stunden. Wie im Rundfunk gelangten auch auf die Bildschirme vor der Einführung des Satelliten-Fernsehens

keine Nachrichten, die sich von der offiziellen Version unterschieden, und vor allem keine abweichende Meinung. Der gedruckten Presse, weil für ein kleineres Publikum bestimmt, wurde allmählich etwas mehr Freiraum zugestanden. Das galt auch für fremdsprachige Blätter, die von Ausländern gelesen werden.

Eine Sonderstellung nahm Mohammed Hassanein Heikal ein, der langjährige Chef von Al-Ahram und zeitweilig zugleich Informationsminister. Er war ein enger Vertrauter des Staatshaupts und hatte privilegierten Zugang zur Wirklichkeit. Heikals Position verschaffte Al-Ahram die Bewertung „offiziös“. Für Diplomaten, Korrespondenten und andere Nasserologen hatte sein wöchentlicher Leitartikel zum Freitag Offenbarungscharakter. Da er über Sadat gehässige Witze machte, als er noch in der Sonne der Macht stand, wurde er nach Nassers Tod alsbald abgehalftert.

Für alle späteren Führer arabischer Revolutionen war Ägypten zumindest für seinen Umgang mit den Medien Vorbild. Die Umsetzung des Modells in die Praxis verlief freilich anderswo einfacher. Denn nirgends ist das zivilisatorische Potential so hoch wie am Nil und die kulturelle Szene so reich. Strategische Ziele jedes Putsches waren indessen überall mit Vorrang Funkhäuser, Redaktionen, Druckereien und Kommunikationszentren. Wer den Zugang zum Wort hat, beherrscht auf einem gewissen Entwicklungsstand der Gesellschaft nicht nur die öffentliche Meinung, sondern bereits den Staat. Zum Ritual arabischer Militärputsche gehörte die Verlesung von Loyalitätsadressen, die Truppenteile, Provinzgouverneure, Ministerien, religiöse Autoritäten und andere Meinungsführer abgaben. Durch solche Bulletins - jeweils im Abstand weniger Minuten oder Viertelstunden - sollte eine Sogwirkung auf Unentschlossene ausgeübt werden. Dem Volk wurde damit suggeriert: Alles ist schon gelaufen. Zwischen den Mitteilungen wurde Militärmusik gespielt, kurioserweise fast immer deutsche Märsche. Wurde die Lage kritisch, ertönte ein allen bekanntes Lied mit dem Refrain „Allahu akbar!“



Allahu akbar!“, eine Art Leitmotiv arabischer Rückschläge. Nach dem Sieg suchten die neuen Herren sofort ein Meinungsmonopol zu errichten - falls es nicht schon vorher bestand.

Selbst heute, Jahrzehnte danach, wird man in Bagdad, Damaskus oder Tripoli nicht leicht eine ausländische Zeitung finden; in Libyen nicht einmal ein Druckerzeugnis in einer anderen Sprache als Arabisch. Gegenüber den Vertretern ausländischer Medien entfalten alle Revolutionsregime das selbe Misstrauen, den gleichen Drang zur Überwachung und beständige Empfindlichkeit für Kritik.

Häufig werden die staatlich kontrollierten Medien zu Instrumenten der innerarabischen Politik gemacht. So strahlte das jemenitische Fernsehen seine Übertragungen der Parlamentssitzungen lange in Richtung Saudi-Arabien aus, um die herrschende Familie zu ärgern.

Die eigentlich dominierende Farbe arabischer Revolutionen war Khaki, wie das Uniformtuch der putschenden Offiziere. Der Umsturz selber konnte gewaltlos-weiß sein wie in Ägypten oder

blutig-rot wie im Irak. Für eine Chronologie der Umwälzungen in Bagdad ist hier nicht der Platz. Doch wie der siegreiche linke Baath-Flügel 1963 den Körper des erschossenen Diktators Abdel-Karim Kassem zum grausigen Schaustück des Fernsehens machte, um das Volk einzuschüchtern, verdient im Kontext Revolution und Medien breitere Darstellung:

Die Einwohner eines Stadtviertels der irakischen Hauptstadt hatten sich dem Putsch widersetzt. Tagelang lieferten sie den Baath-Milizen verlustreiche Kämpfe. Als treue Anhänger des gestürzten Staatschefs wollten sie nicht glauben, dass dieser wirklich tot sei. Sie hielten daran fest, Kassem sei versteckt und werde wie der Mahdi wieder erscheinen, um das Volk gegen die Usurpatoren zu führen. Den Gegenbeweis lieferten die Sieger auf ihre Art. Abend für Abend, viele Wochen lang, präsentierten sie Kassem's Leiche im Fernsehen. Immer wiederholte sich die schreckliche Szene. Der Tote saß im Studio, in einen Stuhl gelehnt. Ein Soldat trat herbei und bewegte die leblosen Glieder. Mit einem Schnitt ging die Reportage ins Verteidigungsministeri-

um, wo Kassem sein letztes Gefecht geliefert hatte. Am Schauplatz glitt die Kamera über Zerstörungen und die am Boden liegenden Leichen der Gefolgsleute des Toten. Nun folgte, wieder im Studio, was nach den Vorstellungen der Veranstalter der Höhepunkt sein sollte. Pedantisch wurden die Einschüsse und Austrittsstellen der Kugeln am Körper des Erschossenen vorgeführt. Schließlich fasste der Soldat den Kopf Kassem's an den Haaren, schwenkte ihn hin und her und ließ ihn auf den Schreibtisch fallen. Noch Monate später wurde ausländischen Journalisten, die nach Bagdad kamen, mit triumphierender Zufriedenheit der vertrocknete Blutpfleck auf der Tischplatte gezeigt.

Ayatollah Chomeinis iranische Revolution entdeckte, eineinhalb Jahrzehnte danach, ein anderes Kommunikationsmittel: die Tonbandkassette. Der Schah saß noch auf dem Thron. Fast bis zum Ende konnte sich der Monarch Presse, Fernsehen und Rundfunk botmäßig halten. Aber die Untertanen hörten nicht mehr auf seine Sprachrohre, sondern nur noch auf den Ayatollah. Von der letzten Station seines Exils in Neauphle-le-Château bei Paris schickte er seine Appelle zum Umsturz in die Heimat. In einer Villa, die ein iranischer Geschäftsmann zur Verfügung gestellt hatte, saßen bei Tag und Nacht junge Helfer an den Kopiermaschinen für die Kassetten. Sie wurden zu unerwartet wirksamen Multiplikatoren für Chomeinis Predigten. Er selber hatte Iran vor 14 Jahren verlassen. Doch dank dieser billiger Technik war seine Stimme in ungezählten Moscheen, auf Versammlungen, in Privathäusern seiner Heimat laut und gegenwärtig. Von den Iranern haben die Islamisten vieler Länder die Tonbandkassette als Propaganda-Medium für ihre erst erhofften Revolutionen übernommen. Als der Schah schließlich ins Ausland ging und die Abwicklung der Geschäfte seinen Generälen überließ, waren die Titel aller Zeitungen Teherans gleichlautend, lakonisch und zehn Zentimeter groß. „Schah raft (der Schah ist weg)“, meldeten sie. Wenig später verkündeten sie mit ebenso hohen Lettern die neue Botschaft „Imam amad (der Imam ist gekommen)“. Für die Medien hatte die Revolution bereits stattgefunden.



Udo Steinbach

**50 Jahre nach dem die „Freien Offiziere“ in Ägypten die Ära der Revolutionen eröffneten, ist der Nahe Osten von Instabilität und wirtschaftlicher Stagnation gekennzeichnet. Die Bemühungen, ihre Länder im internationalen System zu emanzipieren - zunächst gegenüber den beiden den Ost-West-Konflikt bestimmenden Supermächten, in den neunziger Jahren gegenüber den USA - sind gescheitert. Berichte der Weltbank und der Mitte 2002 von UNDP herausgebrachte Arab Human Development Report kommen zu der Feststellung, dass der Nahe und Mittlere Osten auf einigen Gebieten der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung nur noch vor dem subsaharischen Afrika den weltweit niedrigsten Entwicklungsstand aufweist.**

Die Militärs, die in einer Reihe von arabischen Hauptstädten die Macht übernahmen, fühlten sich dem dreifachen Ziel von Freiheit, Einheit und Sozialismus verpflichtet. Doch haben sie die innerarabischen Konflikte nur vertieft und verschärft. Die Forderung nach arabischer Einheit war meist mit dem Bestreben verbunden, die Einheit unter eigener Führung herzustellen.

Der Sturz des jemenitischen Imam in Sanaa im September 1962 und der anschließende Bürgerkrieg zwischen den Republikanern und Royalisten bot Ägypten unter Nasser den Aufhänger, sich auch militärisch in dem Land einzumischen. Bereits zuvor war es nach der Revolution in Bagdad (1958) zu Zerwürfnissen mit Nasser über den Anspruch Kairo gekommen, die Führung der arabisch-nationalen Bewegung zu übernehmen. Nach der Machtübernahme der Baath-Partei in Damaskus (1963) und Bagdad (endgültig 1968) zerfiel das arabisch-revolutionäre Lager definitiv in mehrere Machtzentren. Zwischen Damaskus und Bagdad brach nach der Machtübernahme durch Saddam Husain (1979) ein fast bis in die Gegenwart andauernder Kalter Krieg aus.

Nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak im August 1990 schlossen sich Ägypten und Syrien der von den USA angeführten Allianz zur Befreiung Kuwaits an. Dies - in Verbindung mit dem Ende der Sowjetunion, die die „progressiven“ Revolutionäre gemäß eigenen Interessen unterstützt hatte - machte augenfällig, dass die revolutionäre arabische Bewegung auf einem

# Revolutionen in Nahost: Eine ernüchternde Bilanz

Tiefpunkt angekommen war. Ansonsten hatten die politischen Signale aus dem revolutionären Tripolis (nach 1969) von Anfang an Zweifel an der Seriosität der dortigen revolutionären politischen Führung aufkommen lassen. Nicht einmal die gemeinsame Feindschaft mit Israel vermochte die arabischen Revolutionäre einander anzunähern, die nach der Niederlage vom Juni 1967 je eigene Wege suchten, sich zu arrangieren. Dass sich schließlich jenseits der Verwerfung zwischen den Revolutionären ein tiefer Graben zu den konservativen arabischen Regimen, die um ihr Überleben bangten, auftat, wurde ein Grundzug arabischer Politik über viele Jahre nach 1952.

Die islamische Revolution in Iran (1979) ist durchaus als Fortsetzung - unter anderen Vorzeichen - einer erlahmten, ja gescheiterten revolutionären Dynamik im Raum zwischen Nordafrika und dem Persischen Golf zu verstehen. Ihrer religiösen Rhetorik entkleidet, ging es auch den Revolutionären in Teheran um politische Emanzipation, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortentwicklung und Respektabilität im internationalen System. Auch die Geschichte ihres Scheiterns ist im Kern nicht so verschieden von der ihrer arabischen Vorläufer: Anstatt sich im Inneren zu vollenden, ließ sich Teheran auf einen zermürbenden Krieg mit seinem geographischen Umfeld ein - ein Krieg gegen den Rest der Welt, der nicht zu gewinnen war. Nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung blieb dabei auf der Strecke; vielmehr ließen die Folgen der Globalisierung, insbesondere im Bereich der Massenkommunikationsmittel, bei der jungen Generation Fragen nach Alternativen aufkommen. Um die Antwort darauf hat die iranische Gesellschaft seit Mitte der neunziger Jahre zu ringen begonnen.

In ihren wirtschafts- und entwicklungspolitischen Konzepten machten die arabischen Revolutionäre Anleihen beim Zeitgeist, soweit dieser durch den Sozialismus gekennzeichnet war. Von den Verstaatlichungen in Industrie und Landbesitz und dem Aufbau staats-

kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen profitierte vor allem eine schmale Schicht von Funktionären und Angehörigen der Einheitsparteien, die - mutatis mutandis - von den Offizieren zwischen Algier und Bagdad (vor der Machtübernahme Saddam Husains) gegründet wurden. Der Mann auf der Straße bekam nur bedingt und selektiv die Segnungen der Revolution zu spüren. Die in den siebziger Jahren einsetzende kapitalistische Kehrtwende, die sich Anfang der neunziger Jahre in Richtung auf Privatisierung und Marktwirtschaft beschleunigte, hat angesichts verhärteter Strukturen der Korruption und Verfälschung sowie einer allenthalben besorgniserregenden Bevölkerungsentwicklung für den Bürger in den revolutionären Staaten von einst kaum fassbare Ergebnisse gebracht.

An einem zunächst unscheinbaren Punkt der hier betrachteten Region wurde dem revolutionären Zeitalter sein kakophonischer Schlusspunkt gesetzt. In Afghanistan versuchte - fast zeitgleich mit den islamischen Revolutionären im Nachbarland - im April 1978 eine kleine Gruppe marxistisch inspirierter einen leninistischen Coup. Der revolutionäre Furor dieser winzigen Minderheit geriet von Anfang an in Konflikt mit der durch islamische Traditionen geprägten Mehrheit der Bevölkerung. Man rief die Sowjetunion zu Hilfe - diese unterlag einer Mischung von militantem lokalen Fundamentalismus und Regie von außen. Ihr Rückzug ließ das Land in einen Bürgerkrieg zerfallen, den schließlich die Einsetzung des Taleban-Regimes beendete.

Damit war die Bühne geschaffen, auf der sich der letzte Akt des Zeitalters der Revolutionen im Nahen Osten vollziehen sollte. Der Terrorakt der al-Qa'ida vom 11. September 2001 brachte die Frustrationen von Menschen zutage, denen viel versprochen worden war und deren kritische Potentiale durch revolutionäre Parolen geschwächt worden waren. Am Ende konnten sich viele daran befriedigen, dass es „denen endlich einmal einer gezeigt“ hat.

Was wird die Zukunft bringen?

Marianne Schmidt-Dumont

## Literatur-Wegweiser zum Schwerpunktthema

Gamal Abdel Nasser, der ehemalige ägyptische Staatspräsident und Führer der Revolution 1952, hat sich zur Bedeutung von Revolutionen folgendermaßen geäußert: „Jedes Volk auf Erden muss durch zwei Revolutionen hindurchgehen: eine politische Revolution, durch die er das Recht auf Selbstregierung einem Tyrannen oder einer fremden Armee entwindet, die seinen Boden gegen seinen Willen besetzt hält, und eine soziale Revolution, die die Gesellschaftsklassen gegeneinanderstellt und sich stabilisiert, wenn Ge-

Wissenschaftler eine Auswahl der bedeutendsten Revolutionen der Geschichte bis zur jüngsten Vergangenheit analysieren und in dem Michael Thornhill die ägyptische Revolution und J. Paul Luft die islamische Revolution 1979 in Iran beschreibt. Die politische Entwicklung der arabischen Staaten, ihre Revolutionen und deren Ergebnisse finden sich in dem von Ulrich Haarmann begründeten und in vierter Auflage von Heinz Halm herausgegebenen Band: **Geschichte der arabischen Welt** (München: Beck, 4. überarb. Aufl.

Staaten im Nahen Osten schildert. Volker Perthes hat in seinem sehr lesenswerten Buch: **Geheime Gärten. Die neue arabische Welt** (Berlin: Siedler-Verlag 2002, 426 S., 24,-€) sowohl die Gesamtentwicklung der arabischen Welt in der Neuzeit als auch die der einzelnen Länder dargestellt. Eine Bilanz der Revolution in Libyen zieht Hanspeter Mattes in: **Bilanz der libyschen Revolution. Drei Dekaden politischer Herrschaft Mu'amar al-Qaddafis**. (Edition Wuqûf: Kurzanalysen Nr.11-12, Hamburg 2001, 85

schiitische Religiosität darstellt und zum Verständnis des schiitischen Islam und der Rolle der Geistlichen in der Revolution 1979 beiträgt, sowie der Band des 1967 geborene Islamwissenschaftlers Navid Kermani: **Iran. Die Revolution der Kinder** (München: Beck 2001, 262 S., 19,50 €), der als Augenzeuge den „gesellschaftlichen und geistigen Umbruch des heutigen Irans“ beschreibt und die Islamische Republik mehr als soziales denn als religiöses Phänomen versteht. Ärgerlich dagegen sind die



rechtigkeit für alle Bürger erungen ist.“ (**Die arabische Revolution. Nasser über seine Politik**, herausgegeben von Fritz René Altmann, Frankfurt: Ullstein 1958, 153 S., antiquarisch 10,20 €). Ob er das allerdings für sein Land erreicht hat, lässt sich nach der Lektüre u.a. folgender Bände beantworten:

Ein hervorragender Einstieg in die Thematik bietet der von Peter Wende herausgegebene Band: **Grosse Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart** (München: Beck 2000, 391 S., 24,90 €), in dem namhafte

2001, 786 S., 39,90 €) und dort vor allem in den Beiträgen von Helmut Mejcher: *Der arabische Osten im zwanzigsten Jahrhundert 1914-1985*, Peter von Sivers: *Nordafrika in der Neuzeit* sowie Reinhard Schulze: *Die arabische Welt in der jüngsten Vergangenheit 1986-2000*. Ebenfalls im Beck Verlag erschien das **Politische Lexikon Nahost/Nordafrika** (herausgegeben von Udo Steinbach, Rolf Hofmeier und Mathias Schönborn, 3. überarb. Aufl. 1994, 374 S., 14,50 €), das die Zusammenhänge und Hintergründe der Zeitgeschichte der einzelnen

S., 15,- €) und konzentriert sich dabei weitgehend auf die politische Entwicklung, die Akteure, die Ideologie der Revolution und ihre Umsetzung während der letzten 30 Jahre. Von allen Revolutionen im Nahen Osten hat die in Iran den größten Widerhall auf dem deutschen Buchmarkt gefunden. Zu den seriösen und durchaus empfehlenswerten Büchern gehören: **Der schiitische Islam. Von der Religion zur Revolution** von Heinz Halm (München: Beck 1994, 195 S., 9,90 €), der die Entstehung und Entwicklung der Schia und die Rituale der

Bücher der Journalisten Gerhard Konzelmann: **Der verwaiste Pfauenthron. Persiens Weg in die Gegenwart** (Hohenheim Verlag: Stuttgart 2001, 487 S., 20,35 €), der bei allen Ereignissen in Iran – von Cyrus bis heute – anscheinend persönlich dabei war, sowie Peter Scholl-Latour: **Allah ist mit den Standhaften. Begegnungen mit der islamischen Revolution** (u.a. München: Deutsche Verlags-Anstalt, 9. Aufl. 1989, 766 S., 19,90 €), der wieder einmal alle Klischees über die Revolution in der islamischen Welt bedient hat.

# Kurzrezensionen

**Dietrich Reetz (Hrsg.):**

**Sendungsbewußtsein oder Eigennutz. Zu Motivation und Selbstverständnis islamischer Mobilisierung.**

Berlin: Verlag Das Arabische Buch 2001, 246 Seiten (ISBN 3-86093-308-6)

Die Publikation versammelt all jene Beiträge, die im Oktober 1999 anlässlich einer gleichlautenden Konferenz am *Zentrum Moderner Orient* (ZMO) in Berlin gehalten wurden. Die Autoren versuchen anhand von insgesamt neun Einzelanalysen mit unterschiedlichem geographischen Hintergrund (u.a. Marokko, Sudan, Ägypten, Afghanistan, Süd-asien) die Gründe und Hintergründe des islamischen Aufbruchs aufzuarbeiten und die unterschiedlichen Aspekte des Selbstverständnisses islamischer Bewegungen darzustellen.

Anlass der Konferenz war es dabei insbesondere, sich mit den Konzepten, Motiven und Beweggründen islamischer

Akteure auseinanderzusetzen und zu fragen, was sie veranlasst, national wie transnational aktiv zu werden. In den Focus der Forscher des ZMO gerieten dabei so unterschiedliche Akteure wie die tunesische Ennahda-Bewegung, die sudanesisch-Umma-Partei, der sunnitische Radikalismus der Ahl-i Hadith in Südasien oder die afghanischen Taliban. Inhaltlich setzten sich die Autoren mit Aspekten wie den vermittelten islamischen Inhalten (Islamischer Fundamentalismus oder radikaler Islam?), den Absichten zur Umgestaltung der Welt oder der Mobilisierungsfähigkeit der einzelnen Akteursgruppen auseinander. Die Beiträge machen dabei

deutlich, dass die islamische Erneuerung insgesamt von einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Kräfte getragen wird und dabei gegenwärtig ein Prozess der weiteren Ausdifferenzierung zu beobachten ist, der sowohl die Träger als auch die Anschauungen betrifft. Zugleich stellen die Analysen fest, dass es den radikalen und gewaltbereiten Akteuren nicht gelungen ist (und auch weiterhin nicht gelingen wird), die „Definitionsmacht über alle Erscheinungsformen des Islam zu erringen oder zu behalten“ (so Reetz in seiner Einleitung). Darin besteht auch die Hoffnung auf eine zukünftige Entradikalisierung der religiösen Frage in der islamischen Welt insgesamt. **hm**

**Jok Madut Jok:**

**War and slavery in the Sudan.**

Philadelphia: University of Pennsylvania Press 2001, 211 Seiten (ISBN 0-8122-1762-4 pbk)

Die Studie des südsudanesischen Dinka Jok Madut Jok widmet sich nach einem empfehlenswerten Einleitungsteil zu Definitionsaspekten und der Geschichte der Sklaverei im Sudan in zwei Hauptteilen dem aktuellen Zusammenhang zwischen Bürgerkrieg und dem damit einhergehenden signifikanten Wiederaufleben der Sklaverei.

Die auf der Basis einer umfangreichen Feldforschung gut recherchierte und faktisch wie bibliographisch reich belegte Studie widmet sich im ersten Teil der bürgerkriegsbedingten „Neuen Sklaverei“ (im Unterschied zu den historischen Vorläufern).

Aussagen aus Befragungen vor Ort verdichtet der Autor zu

einer schonungslosen Analyse der gegenwärtigen Praktiken der Sklaverei. Im Mittelpunkt stehen die Übergriffe insbesondere die arabischen Baggara auf die schwarz-afrikanischen Dinka in der Bahr al-Ghazal-Region und die Zunahme der Versklavungen im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen zwischen SPLA und Regierungstreitkräften.

Der Autor stellt damit die Sklavereipraxis in den größeren Zusammenhang des 1983 erneut ausgebrochenen innersudanesischen Bürgerkrieges und den vorherrschenden innersudanesischen Rassismus zwischen arabischen (Nord-)Sudanese und den von ihnen als *Abid* (Skaven) eingestuftem Südsudanese.

Im zweiten Hauptteil legt Jok Madut Jok die Ursachen für das Aufleben der Sklaverei dar; er arbeitet insbesondere heraus, dass die internen Vertreibungsaktionen im Verlauf des Bürgerkrieges und die Flucht zahlreicher Südsudanese in den Großraum Khartoum Sklaverei genauso begünstigt hat wie der ökonomische Konflikt zwischen Nomaden (Arabern) und Sesshaften (Schwarzafrikanern) im ökologisch gefährdeten Zentralsudan.

Im Schlussteil kritisiert der Autor die bislang zu geringe internationale Unterstützung für die Bekämpfung der Sklaverei („Has no one heard us call for help?“) und hofft, mit seiner Studie einen Beitrag zur internationalen Bewusstmachung zu leisten. **hm**

# Kurzrezensionen

**Henry T. Azzam:**

**The Arab World facing the challenge of the New Millenium.**

**London: I.B. Tauris Publishers 2002, 210 Seiten (ISBN 1-86064-816-9)**

Gegenstand der durch zahlreiche Tabellen und Graphiken angereicherten Studie sind die sich durch den Globalisierungsprozess auch für die arabischen Volkswirtschaften ergebenden Probleme und Herausforderungen.

Die vom Autor bei der Analyse an den Tag gelegte Brillanz macht die Studie nicht nur zu einem Handbuch des Ist-Zustandes der nahöstlichen Volkswirtschaften, sondern auch zu einer Bilanz der ökonomischen Performanz und der dahinter stehenden Wirtschaftspolitik der vergangenen Dekade. Die hohe Qualität der Studie hängt eng mit der Qua-

lifikation des Autors zusammen, der 1977 in den USA in Volkswirtschaft promovierte, seither mit zahlreichen Fachpublikationen (u.a. *The Gulf economies in transition*, 1988; *Saudi Arabia – Economic trends*, 1993; *The emerging Arab capital markets*, 1997) an die Öffentlichkeit getreten ist und derzeit neben anderen Beratungsfunktionen Chef der regionalen Investmentbank Jordaniens, der *Jordaninvest*, ist. Azzam, „one of the most distinguished economists in the Arab world“ (so der Umschlagtext zurecht), gibt sowohl Land-für-Land-Überblicke, die die Hälfte der Publika-

tion einnehmen, als auch thematische Sektoranalysen u.a. zur Währungspolitik, den Börsen und zum Bankensystem.

Ausführlich geht Azzam auf die strukturellen Probleme der arabischen Volkswirtschaften, aber auch die ergriffenen Reformmaßnahmen zur Sicherung/Einleitung zukünftigen Wachstums ein. Zugleich zeigt er auf, dass die bisherigen Maßnahmen nur der Beginn weiterer schmerzhafter Restrukturierungsprozesse sein können, sollen die sozio-ökonomischen Herausforderungen langfristig gemeistert werden. **hm**

**Robert B. Satloff (Hrsg.):**

**War on terror. The Middle East dimension.**

**Washington, DC.: The Washington Institute for Near East Policy 2002, 192 Seiten (ISBN 0-944029-77-9)**

Im Rahmen des breiten Publikationspektrums des Washington Institute for Near East Policy ist der vorliegende Band der erste, der sich nach den Anschlägen vom 11. September mit dem Terrorismuskomplex bzw. mit der anstehenden Aufgabe der effektiven Terrorismusbekämpfung auseinandersetzt.

Der Aufbau des Buches folgt dem Veranstaltungsmodus (Konferenz in Leesburg/Virginia, 19.-21.10.2001), wo sich rund 20 Politiker, Journalisten und Nahostwissenschaftler von Bernard Lewis bis Martin Kramer, von Ami Ayalon bis Judith Miller unter Leitung des Exekutivdirektors des Instituts, Robert B. Satloff, zusammenfanden und insgesamt acht Themenblöcke diskutierten:

1. Fighting terrorism - lessons from the frontline;
2. Regime strategies in the Middle East;
3. Israel and the Palestinians post-September 11;
4. Principles and interests in US Middle East policy;
5. Middle East terrorists with global reach;
6. Weapons of mass destruction in and from the Middle East;
7. Antiterror coalitions;
8. September 11 in historical perspective.

Die reproduzierten Impulsreferate wie auch die wiedergegebene Diskussion zu den einzelnen Aspekten reflektieren ein breites Spektrum an Meinungen und sind weit davon entfernt, hagiographische Unterstützung des Unila-

teralismus zu sein, der der Außenpolitik von Präsident Bush zugeschrieben wird. Differierten die Teilnehmer auch hinsichtlich der adäquaten Strategien zur Bekämpfung/Eindämmung des Terrorismus in Nah- und Mittelost und der politischen Reichweite einzuleitender Maßnahmen, so ließen sie andererseits an der Dringlichkeit der Aufgabe keine Zweifel.

Obwohl zum Zeitpunkt der Veranstaltung die Phase I der Terrorbekämpfung (Sturz der Taliban und Zerschlagung der Qa'ida) noch nicht abgeschlossen war, warnten die Teilnehmer hinsichtlich der sich zwangsläufig anschließenden Phase II vor zu schnellen Entschlüssen, insbesondere mit Blick auf den Iraq. **hm**

Uwe Pfullmann

## Die Buchbesprechung

**Wolfgang Schwanitz:**  
**Gold, Bankiers und Diplomaten: Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906-1946.**

**Trafo-Verlag, Berlin 2002.**  
**429 S. ISBN-3-89626-288-2**

Nach Einleitung und Danksagung, Hinweisen zu internen Bewertungsvermerken von Geheimdienstakten und zur Transkription orientalischer Namen stellt W. Schwanitz das umfangreiche und detaillierte Inhaltsverzeichnis vor. Ein erster Komplex widmet sich unter der Überschrift „Aufgabenstellung, Vorgehensweise und Quellenkritik“ (1-5) methodischen Fragen. Das zweite Kapitel (5-7) stellt deutsche und nichtamerikanische Primärquellen, das dritte (7-16) US-Primärquellen und US-Sekundärliteratur vor. Ein sehr umfangreiches Kapitel behandelt den Forschungsstand zur Deutschen Orientbank (16-158). Kapitel 5 untersucht die historischen Etappen der Entwicklung der Deutschen Orientbank (159-219). Zweifellos eines der interessantesten und aufschlussreichsten Kapitel firmiert unter der Kapitelüberschrift „Die Deutsche Orientbank im Zweiten Weltkrieg“ (220-258). Weitere Kapitel sind „Aktivitäten der Deutschen Orientbank in der Türkei“ (258-314), „Nächste Forschungs- und Publikationsvorhaben“ (315-328) sowie die „Schlussbemerkungen“ (329-332). Der Anhang mit Abkürzungen und Endnotenverzeichnis schließt sich an.

Der vorliegende Band hat das hochaktuelle Thema Nazi-Gold zum Inhalt. Der Bogen reicht von den Aktivitäten des Jerusalemer Großmuftis Hadsch Amin al-Husaini über die Organisation der deutschen Devisen- und Rohstoffbeschaffung im zweiten Weltkrieg bis hin zur Verflechtung der Deutschen Orientbank mit der Deutschen Reichsbank

und der deutschen militärischen Führung. Dabei stellt das Buch mehr Fragen als es beantworten kann. Die Vielzahl behandelter Themen und angerissener Probleme lässt zuweilen einen roten Faden vermissen. Einen bedeutenden Platz nimmt die Kooperation des Auswärtigen Amtes mit dem Großmufti ein. Der Mufti hatte seine Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich über Dr. Franz Reichert, Direktor des Palästina- und Araberzweiges des Deutschen Nachrichtenbüros von 1933 bis 1938, sowie über den Jerusalemer Generalkonsul, Wilhelm Döhle, begonnen. Ab 1936, dem Beginn des Palästina-Aufstandes, tauchten auch erste Überlegungen zu deutschen Waffenlieferun-

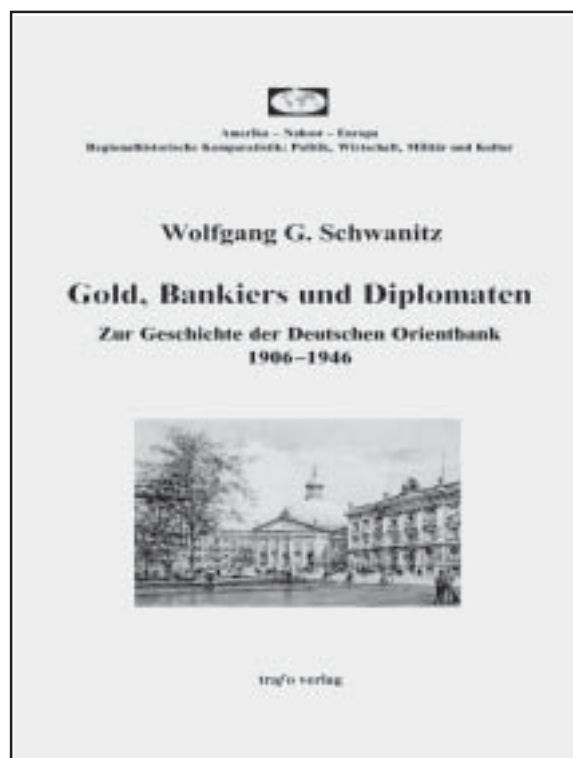
dem ein arabisches Großreich im Bündnis mit Berlin vorschwebte. Anfang 1941 habe dann der Mufti Hitler Verhandlungen für eine „Zusammenarbeit auf allen Gebieten“ angetragen. Die positive Antwort des Auswärtigen Amtes übermittelte Staatssekretär Ernst v. Weizsäcker. Am 9. Mai 1941 zeigte sich dann der Mufti erkenntlich, als er eine Fatwa über den heiligen Krieg der Muslime über das deutsche und irakische Radio verkündete. Ein halbes Jahr später richtete der Mufti zunächst in Berlin, dann im sächsischen Oybin, sein Büro ein. Der Autor geht auch auf die Schaffung von muslimischen SS-Verbänden aus Turkmenen, Bosniern und sowjetischen Muslimen

wesentliche Drehscheibe des Goldverkaufs und der Devisenbeschaffung war die Türkei, wobei hier Orientbank und Deutsche Bank konkurrierten. Der Autor schreibt hierzu:

„So habe die Deutsche Reichsbank zwischen 23. April 1942 und 31. Juli 1944 3.917 Kilogramm Feingold über die Wiener Kreditanstalt nach Istanbul geliefert. Addiere man noch das Gold, das Istanbul Deutsche Bankfiliale von ihren Zürcher Golddepots bekam, so seien 4.143 von insgesamt 4.967 Kilogramm in Istanbul verkauftem Feingold gewesen“ (101).

W. Schwanitz konstatiert, dass die Schweizer Nationalbank Hauptempfänger des deutschen Raubgoldes gewesen sei. Nach den Ergebnissen der so genannten Bergier-Kommission 1997 betrage diese Summe im heutigen Wert 4 Mrd. Dollar, wovon 0,7 Mrd. Dollar von Personen, darunter 0,25 von Naziopfern, stammten. Das in der Schweiz aufgenommene Gold wurde dann entweder zu Devisen gemacht oder direkt zur Finanzierung kriegswichtiger Güter benutzt, wie Wolfram aus Portugal und Spanien, Stahl aus Schweden und Chromerz aus der Türkei. Das hochinteressante Buch, das mit einer großen Fülle an Archivmaterialien, insbesondere US-amerikanischen Quellen, den gegenwärtigen Forschungsstand zur Deutschen Orientbank und den Goldtransfer Nazideutschlands repräsentiert, enthält eine ganze Reihe von Originaldokumenten. Kommentare zu den Abbildungen und den Archivdokumenten (375-406) und ein umfangreiches Sach- und Personenregister (411-426) erleichtern die Arbeit erheblich.

Fazit: Ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Banken von 1906 bis nach dem zweiten Weltkrieg.



gen nach Palästina auf. Laut Carl Raswan, deutschgebürtiger Arabienreisender, habe es ab 1938 einen deutschen Waffenschmuggel über die Türkei und den Irak nach Palästina gegeben, den dortige Stämme vermittelten. Die Machtübernahme Raschid Ali al-Kailanis im Irak Ende März 1940 verbesserte nicht nur die deutsche Position in Bagdad, sondern auch die des Muftis,

sowie die in Griechenland aufgestellte deutsch-arabische Lehrbrigade ein. In Dresden wurde 1944 sogar eine SS-Mullah-Schule für muslimische Feldgeistliche eingerichtet. Offen ist hierbei, ob der Mufti Gelder des in der Türkei verkauften Goldes, darunter auch Raubgold von KZ-Häftlingen, für seinen so genannten „Befreiungskampf gegen gemeinsame Feinde“ (40) erhielt. Eine

Sylvia Bücke

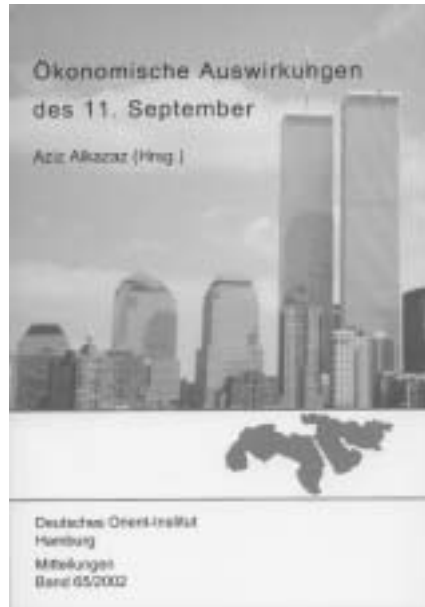
# DOI-Literaturanzeigen

Aziz Alkazaz (Hrsg.)

**Ökonomische Auswirkungen des 11. September**

Deutsches Orient-Institut Mitt. Bd. 65, Hamburg 2002

82 S., ISBN 3-89173-070-5, €11,-



Im Mittelpunkt dieser Publikation steht die Analyse der kurz- und langfristigen Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die Ökonomien der Nah- und Mittelostregion (arabische Länder, Israel, Türkei, Iran, Afghanistan, Pakistan) sowie auf die Weltwirtschaft, den Weltölmarkt und die Energieversorgung Europas. Bei den Regionalstaaten werden der Grad der Absorptionsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften für externe Schocks und die Grenzen der nationalen Wirtschaftspolitiken (Reaktionen) herausgearbeitet. Von

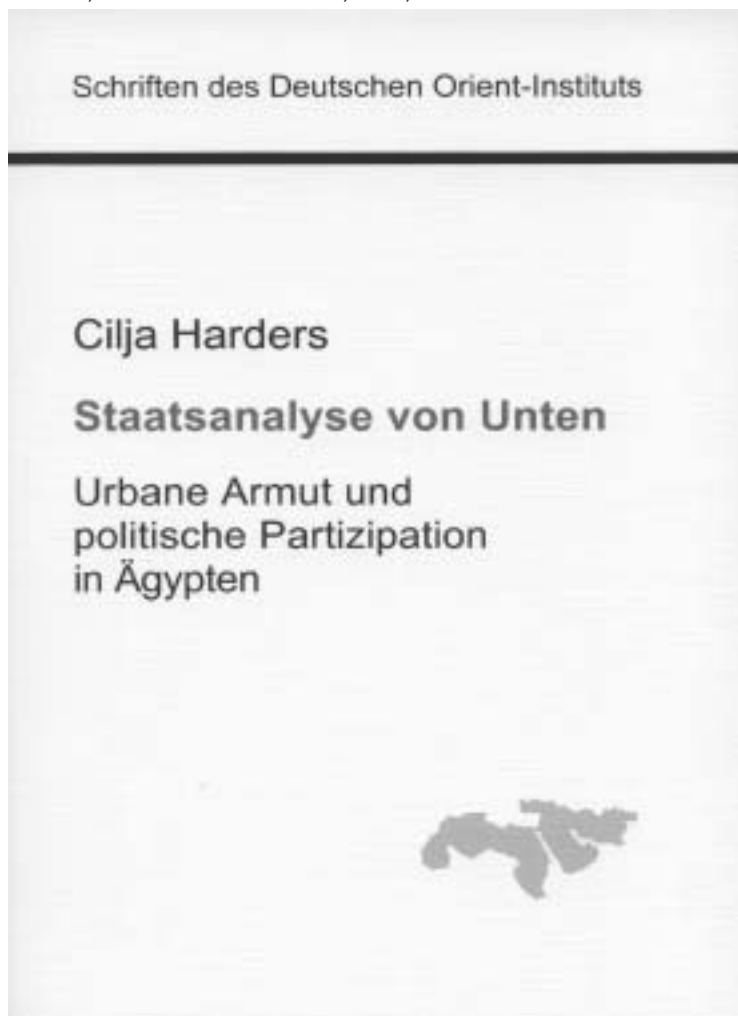
besonderer Wichtigkeit sind auch Verschiebungen in den intraregionalen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Bei den Industriestaaten stehen die faktischen Effekte auf die konjunkturelle Entwicklung und die Beurteilung der konjunkturellen Aussichten im Vordergrund. Ausgangspunkt der Analysen sind die veränderte politische Konfiguration, die Folgen der Anschläge und der damit verbundenen westlichen Politik auf die staatlichen Beziehungen und die Perspektiven der Anti-Terror-Allianz sowie die Konsequenzen für die EU-Politik.

Cilja Harders

**Staatsanalyse von Unten:**
**Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten**

Schriften des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg 2002

320 S., ISBN 3-89173-069-1, €20,-



Ausgehend von feministisch und qualitativ erweiterten Konzepten von Armut und Partizipation entfaltet das Buch eine „Staatsanalyse von Unten“. Auf dieser Basis werden das Politikverständnis, die Organisation der Überlebensökonomien und Formen informeller und formaler Partizipation armer Frauen und Männer in unterschiedlichen Armutsvierteln Kairo empirisch erfasst. Informelle Netzwerke, ihre unterschiedliche Nutzung und Gestaltung durch Frauen und Männer und ihre spezifische Funktion gerade für arme Menschen spielen dabei eine besondere Rolle.

Die Untersuchung verbindet die Mikroebene des alltäglichen Handelns in Familien und Nachbarschaft mit der Analyse der Mesoebene kommunaler politischer Strukturen und entwirft aus dieser Perspektive Thesen für das makropolitische Geschehen im Ägypten der 1990er Jahre. Auch auf der Mesoebene zeigt sich, dass informelle Netzwerke beson-

ders wichtig für das Verständnis der Verflochtenheit so unterschiedlicher AkteurlInnen wie kommunale Parteiliten, NGO-AktivistInnen, Mitglieder von Migrantenclubs, Mediatoren, aber auch Polizei und Verwaltung sind.

Das lokale Feld ist deutlich pluraler, als die restriktive Politik auf der nationalen Ebene vermuten lässt. Aber, so die These, es handelt sich hier um Pluralisierung ohne Liberalisierung.

In Ägypten, so ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung, wird der alte soziale Vertrag, der Partizipationsrechte gegen wohlfahrtsstaatliche Leistungen tauscht, durch einen „sozialen Vertrag der Informalität“ abgelöst.

Angesichts von Wirtschafts- und Legitimationskrise bieten die Machteliten armen und verletzlichen Gruppen, aber auch der Zivilgesellschaft informelle Handlungsspielräume anstelle staatsbürgerlicher Rechte und suchen so den Machterhalt langfristig zu sichern.

Erhard Franz

**Der Ministerpräsident war krank. So krank, dass er im Mai und Juni 2002 seine Amtsgeschäfte, wenn überhaupt, nur vom Krankenzimmer aus wahrnehmen konnte. Der 78-jährige Bülent Ecevit hatte eine gebrochene Rippe, litt an Darminfektion, Thrombose mit Venenentzündung im linken Bein, Muskelschwund, Seh- und Hörstörungen und, dem Vernehmen nach, seit fünf Jahren an der parkinsonschen Krankheit. Immer weitere Kreise forderten den Rücktritt des kranken Mannes von Ankara. Der gab jedoch sein Amt nicht freiwillig auf. Seine um vier Jahre ältere Frau, Rahsan, schirmte das Krankenzimmer gegen alle Parteigenossen ab, die ihm diesen Schritt nahe legen wollten.**

Als erster zog Hüsamettin Özkan, Staatsminister und einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten, die Konsequenzen und trat zurück. Weitere Minister folgten seinem Beispiel, Abgeordnete verließen reihenweise Ecevits *Partei der Demokratischen Linken* (DSP). Der einstige Seniorpartner der Regierungskoalition schrumpfte zum Juniorpartner.

Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Parlamentarier noch überzeugt, dass sie ihre Sitze behalten könnten, wenn sie sich dem Druck der Öffentlichkeit nach Neuwahlen beugten. In einer Sondersitzung während der Sommerpause entschied sich das Parlament mit 449 gegen 62 Stimmen für vorzeitige Neuwahlen am 3. November 2002.

Nachdem der Wahltermin fest stand, begannen Abgeordnete wie Herbstblätter von der *Mutterlandspartei* (ANAP) abzufallen. Meinungsumfragen hatten ergeben, dass die Partei, wie auch die DSP von Ecevit, an der 10%-Wahlhürde scheitern würde. Das konsequente Ja des Parteiführers Mesut Yilmaz zur EU hatte das Image der Partei nicht aufge bessert. Die Wähler identifizierten die von der Partei propagierte „freie Wirtschaftsinitiative“ mit Initiativen des Großkapital, die Wirtschaft zu monopolisieren.

Auch andere Parlamentsparteien hatten schlechte Karten. Von der *Glückseligkeitspartei* (SP), die nach dem Verbot der islamistischen *Tugendpartei* (FP) 2001 aus deren konservativen Flügel hervorgegangen war, erwartete man ebenfalls nicht, dass sie weiterhin im Parlament vertreten sein werde. Die in der zweiten Julihälfte

## Herbstfieber: Die Türkei vor den Wahlen

vom zurückgetretenen Außenminister Ismail Cem gegründete *Partei der Neuen Türkei* (YTP) erhielt zwar auf Anhieb 63 Parlamentssitze, fast ausnahmslos durch Dissidenten der DSP. Sie wies jedoch, abgesehen von ihrem Gründungsvorsitzenden Cem, kein Zugpferd für die Wahlen auf. Und Cem hat mit Schwierigkeiten in seinem eigenen Wahlkreis Kayseri zu kämpfen. Vom Parteivorsitzenden Murat Bozlak optimistisch verkündet, hegte die prokurdische *Volksdemokratiepartei* (HADEP) die Illusion, ihren Stimmenanteil gegenüber 1999 zu verdoppeln und die 10%-Hürde zu überwinden. Da sie noch vor den Wahlen mit einem Verbot rechnen musste, hatten Anhängern eine *Demokratische Volkspartei* (DEHAP) als Ersatzpartei gegründet. Ende August ging die DEHAP ein Wahlbündnis mit der unbedeutenden *Arbeitspartei* (EMEP) und der von Murat Karayalcın wiederbelebten *Sozialdemokratische Volkspartei* (SHP) ein; mit der wenig bekannten *Freiheits- und Solidaritätspartei* (ÖDP) liefen Beitrittsverhandlungen.

Schlecht im Trend lagen auch die *Partei des Rechten Weges* (DYP) mit Frau Çiller an der Spitze und die *Partei der Nationalen Bewegung* (MHP). Für die DYP sagten nicht von Frau Çiller gekaufte Umfragen nur 9% bis 11% der Wählerstimmen voraus, genau so viel oder wenig wie für die MHP, die mittlerweile die stärkste Fraktion im Parlament stellte. Dabei hatte deren Parteiführer, Bahçeli, auf die 30% der EU-Gegner unter den Wählern gesetzt und versucht, alle Reformen im Zusammenhang mit der EU-Beitrittskandidatur zu blockieren. Aber viele MHP-Wähler von 1999 trugen der Partei nach, dass sie ihre Wahlversprechen nicht eingehalten habe.

Nur für zwei der 49 offiziell zugelassenen Parteien in der Türkei stand fest, dass sie ins Parlament einziehen würden. Eine davon war die seit 1999 nicht mehr im Parlament vertretene *Republikanische Volkspartei* (CHP) unter ihrem Vorsitzenden Deniz Baykal. Als der parteilose Wirtschafts zar Kemal Dervis am 10. August als Minister zurücktrat, erwartete man gespannt seine nächsten Schritte. Ecevit hatte ihm verübelt, dass er die Diskussion um

vorzeitige Neuwahlen entfacht hatte und ihn aufgefordert, die Regierung zu verlassen. Anfänglich bemühte sich Dervis, die zersplitterte türkische Linke zu vereinen. Hauptpfeiler sollte eine Allianz aus der CHP mit Baykal, der YTP mit Cem und den Resten von Ecevits demokratischer Linken sein. Auch mit Ecevit führte Dervis persönliche Sondierungsgespräche. Der Versuch scheiterte, weil weder Cem noch Ecevit oder Baykal bereit waren, sich dem anderen unterzuordnen. Als Dervis Ende August seinen Beitritt zur CHP bekannt gab, stieg sie auf 21% in den Vorhersagen an.

Alle Umfragen deuteten auf einen überragenden Wahlsieg der zweiten Partei hin, der *Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei* (AKP). Sie war im Sommer 2001 aus dem Reformflügel der alten *Tugend* (RP) hervorgegangen und hatte sofort 53 Abgeordnete gestellt. Die AKP bekennt sich zu den Reformen Atatürks, zur EU, zum NATO-Bündnis und zu kulturellen und religiösen Minderheitsrechten. Das islamische Anliegen der Partei steht zwischen den Zeilen ihres Programms. In der Wählergunst stieg sie bis auf 25%. Und mit jedem Prozent mehr bei den Umfragen traten ihr weitere Politiker und Funktionäre anderer Parteien bei.

Dabei war noch Anfang September ungewiss, ob ihr Vorsitzender Erdogan überhaupt kandidieren dürfe.

Recep Tayyip Erdogan ist ein charismatischer Mann, der seine Zuhörer mitreißt. Er ist das neue Idol der Islamisten in der Türkei. In den Augen des „Staates“ ist er gefährlich. Obwohl sich Erdogan als „praktizierender Muslim“ bezeichnet und eine Einstufung als „Islamist“ zurückweist, und obwohl er beteuert, dass er frühere islamistisch-politische Ansichten revidiert habe, nehmen ihm dies weder seine Anhänger noch die Generäle ab. Mitte April 2002 bezichtigte Generalstabschef Kivrikoglu den aufgehenden Stern am Polihimmel, Erdogan, 1992 in einer Rede Hass gegen das Militär versprucht zu haben.

Der heute 48-jährige Erdogan gehört seit seiner Oberschulzeit am Imam-Vorbeter-Gymnasium in Istanbul der islamistischen Bewegung in der Tür-



kei an. Während seiner Oberschulzeit war Recep Tayyip auch aktiver Fußballer. Nach der Schule spielte er sieben Jahre lang als Profi bei einem Zweitligisten. Dann bot ihm der renommierte Fußballverein Fenerbahçe einen Übernahmevertrag an. Das Machtwort von Vater Ahmet Erdogan verhinderte den Wechsel. Der Sohn musste sich fürs Studium und damit für die Politik entscheiden.

Als Berufspolitiker war Tayyip Erdogan von 1994-1998 Bürgermeister von Istanbul. 1998 verurteilte ihn ein Staatssicherheitsgericht nach Paragraph 312 des türkischen Strafgesetzbuches wegen „Aufrufs zum religiösen Hass“. Diesen „kriminellen Akt“ hatte Erdogan im Jahr zuvor in einer Rede begangen. Ein weiteres Gerichtsurteil entthob ihn seines Postens als Bürgermeister.

Im Herbst 2001 hatte das Parlament die „Gedankenriminalität“ aus der

Verfassung gestrichen und im Frühjahr 2002 auch den Paragraphen 312 entsprechend geändert. Dennoch ordnete das Verfassungsgericht im April 2002 an, dass Erdogan den Parteivorsitz bis zum 19. Oktober niederlegen müsse, da er wegen der Verurteilung nicht wählbar sei. Eingaben von Erdogans Anwälten an das Staatssicherheitsgericht, aufgrund der neuen Rechtslage die Verurteilung von 1998 aus den Akten zu streichen, hatte am 6. September 2002 in zweiter Instanz Erfolg. Das Oberste Berufungsgericht hob jedoch diese Entscheidung wegen Verfahrensmängel wieder auf, und am 20. September gab der *Oberste Wahlausschuss (YSK)* bekannt, dass Erdogan nicht kandidieren dürfe.

Im Vorfeld der Wahlen suchten die Politiker, die um ihre Wiederwahl fürchteten, hinter den Kulissen fieberhaft nach einem Ausweg aus der Abseits-

falle, die sich selbst gestellt hatten. Zusammengezählt verfügten die Parteien von Ecevit, Yilmaz, Kutan und Cem Ende August noch über 240 der 550 Sitzen im Parlament, von denen allerdings 14 vakant waren. Frau Çiller verhinderte – wohl eher ungewollt – das Komplott einer Wahlhinterziehung. Sie verkündete, dass ihr „führende“ Personen der Anti-Wahlhliga den Posten der Ministerpräsidentin angeboten hätten, wenn sich die *Partei des Rechten Wegs* den Wahlgegnern im Parlament anschliesse. Für die 43,6 Mio. Wähler, darunter 4,3 Mio. Erstwähler, war es bestimmt nicht der rechte Weg, auf dem sich die etablierten Politiker bewegten. Ihr Taktieren trieb nur noch mehr Wähler zur CHP, vor allem aber zur AKP. Hatte Letztere doch versprochen, dass mit Allah Hilfe alles besser werden würde!

Sowohl Staatspräsident Sezer als auch der scheidende Generalstabschef Kivrikoglu setzten sich für die Wahlen zum vorgesehenen Termin ein. Wie aber wird der neue Generalstabschef Hilmi Özkök reagieren, wenn die AKP die Wahl gewinnt und ein Islamist nächster Ministerpräsidenten der Türkei wird? Bei der Kommandoübergabe am 28. August hatte Özkök versprochen, die kurdischen Separatisten so lange zu bekämpfen, bis das letzte Mitglied ihrer Terrororganisation gefangen sei, die laizistische (säkulare) Staatsform zu verteidigen und den Kampf gegen die (islamischen) Fundamentalisten fortzusetzen.

Im Ausland verfolgt man die Wahlvorbereitungen in der Türkei mit großem Interesse. Auf der einen Seite erwartet man – speziell in der EU, dass die Wahlen auf demokratischem Wege den Willen des Volkes widerspiegeln. Auf der anderen Seite bestehen in den USA nach dem 11. September erhebliche Vorbehalte gegen eine Regierung von Islamisten. Die AKP bemüht sich, solche Vorbehalte auszuräumen. Im Gegensatz zu führenden Politikern der Türkei beteuert sie auch bei einem militärischen Vorgehen der USA gegen Saddam Husain im Irak die vorbehaltlose Bündnistreue.

Die von der AKP gezeigte Annäherung an den Westen scheint fast schon wieder übertrieben. Sollte es sich bei ihr etwa um *Takiye* handeln, im Islam eine lebenserhaltende Verschleierung eigentlicher An- und Absichten?



Die Absicht der Errichtung langfristiger Militärbasen in Zentralasien wird von Washington noch abgestritten, ein Limit allerdings auch nicht genannt. Inzwischen gibt es einen Stützpunkt in Usbekistan mit 1.500 und einen in Kirgistan mit 3.000 Mann Besatzung mit allen Anzeichen einer Institutionalisierung. Der entscheidende Faktor dafür, dass der wichtigste Stützpunkt nicht in Usbekistan, sondern in Kirgistan liegt, das nicht an Afghanistan grenzt und anders als Usbekistan die Zustimmung der GUS benötigte, dürfte strategischer Art sein: Kirgistan hat eine gemeinsame Grenze mit China. Auch auf der Westseite des Kaspischen Meeres ergibt sich eine neue Ausgangslage, obwohl die südlichen kaukasischen Staaten nicht die unmittelbare Bedeutung für die Antiterrormaßnahmen haben wie die Nachbarländer Afghanistans. Auch hier setzte Washington ökonomische Mittel ein. Das störende US-Embargo für Hilfsleistungen an Aserbaidschan, ein Re-

vention in Georgien. Im Februar 2002 wurde von US-Seite behauptet, al-Qa'ida Kämpfer aus Afghanistan hätten im tschetschenisch-georgischen Grenzgebiet Zuflucht gefunden. Das Gebiet war zur Basis von Drogen- und Waffenschmugglern und Entführern geworden und in Moskaus Augen zur Nachschubbasis für Terroristen. Zeitweise ging sogar das Gerücht um, Ibn Ladin selbst würde sich hier aufhalten. Ein von Korruption geschwächtes Land wie Georgien, in dem die Regierung über große Landesteile keine Kontrolle besitzt, stellt einen natürlichen Anziehungspunkt für mit dem Drogenhandel verbundene terroristische Gruppen dar.

Ende Februar trafen US-Spezialeinheiten in Georgien ein. Die Möglichkeit, gemeinsam mit Moskau antiterroristische Maßnahmen durchzuführen, wurde nicht in Betracht gezogen. Offiziell geht es lediglich um eine Beraterfunktion, die Teilnahme an Operationen wurde erst einmal ausge-

würde Putins Politik, als Unterstützer der USA aufzutreten, unglaubwürdig machen. Auch im Kaukasus kann er eine amerikanische Militärpräsenz nicht verhindern. Allerdings wird sie die Kritik an seiner Politik wachsen lassen. Unterschiedlich zu seinem Außenminister erklärte Putin, Georgien habe das Recht, auf seine Weise die Sicherheit seiner Grenzen zu verteidigen. Die Zurückhaltung des Westens bezüglich Tschetscheniens und die plötzliche Chance zur tatsächlichen Eindämmung der islamistischen Gefahr sind seine Argumente gegen die Kritiker. Dabei hofft er auf einen gründlichen Durchbruch in den Beziehungen zum Westen, auch mit Blick auf den riesigen Schuldenberg Russlands.

Die Frage bleibt, ob Russland unter den gegebenen Umständen sein GUS-Sicherheitskonzept mit drei militärischen Zweigen (mit Weißrussland im Westen, mit Armenien im Kaukasus, mit Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan in Zentralasien) aufrecht erhalten kann. Russland kann den Staaten Zentralasiens und des Südkaukasus seine Kooperationsbereitschaft anbieten, die USA vermeintliche Sicherheit und finanzielle Hilfe. Auf der anderen Seite sieht sich Moskau in seiner Ansicht bestätigt, dass es in Tschetschenien nicht um einen lokalen Unabhängigkeitskampf gehe, sondern um einen Teil des internationalen Kampfes gegen den global auftretenden islamischen Fundamentalismus. 48 Stunden, bevor Anfang März 2002 Radio Liberty ein Programm für Tschetschenien in der Landessprache beginnen wollte, wurde dieses gestoppt, eine Geste in Richtung Moskau.

Die Billigung des amerikanischen Eingreifens signalisiert eine neue Phase in der Auseinandersetzung um Einflussspären. Vielleicht erleben wir hier den Anfang vom Ende des Nullsummenspiels im „great game“ zugunsten einer wachsenden Kooperationsbereitschaft in der Energie- und Pipelinepolitik. Russland ist nicht auf dem Weg zu einer militärischen, sondern zu einer Energiegroßmacht. Eine verbesserte Beziehung Russlands zum Westen macht es selbst auch als Energiequelle interessanter. Putins langfristiges strategisches Denken könnte sich auszahlen und Russland letztendlich auch für die GUS-Staaten wieder attraktiver machen.



likt aus dem Karabachkonflikt, wurde ausgesetzt. Jetzt kann Washington endlich dem prowestlichen Aserbaidschan militärische Hilfe zukommen lassen. Die damit gleichzeitig ermöglichte Militärhilfe an Armenien könnte dessen einseitige Orientierung an Russland lockern.

Im von Russland in letzter Zeit heftig unter Druck gesetzten Georgien tat sich Entscheidendes. Zunächst stieg dieser Druck noch, doch verband sich mit der russisch-amerikanischen Kooperation auch die Hoffnung, dass beide sich über ihre Handlungsgrenzen verständigt haben: als Gegenleistung für die Tolerierung russischen Vorgehens in Tschetschenien keine russische Inter-

schlossen. Abgestritten wurde auch eine Verbindung zu amerikanischen Energieinteressen; allerdings ist es kein Geheimnis, dass die Ölgesellschaften für die geplante Pipeline von Baku über Georgien ins türkische Ceyhan Sicherheitsgarantien wünschen. Russland muss nun eine ständige US-Militärpräsenz auch im Kaukasus befürchten. Darüber hinaus haben Amerikas Partner Türkei, Georgien und Aserbaidschan ein trilaterales Sicherheitsabkommen geschlossen, das sowohl den Kampf gegen den Terrorismus als auch den Schutz von Pipelines einschließt. Diese Entwicklung liegt nicht in Russlands Interesse, doch eine Kritik am amerikanischen Eingreifen

**Bundeskanzler Schröder stellte in jüngster Zeit die These auf, Deutschland hätte in dieser Legislaturperiode und insbesondere seit dem 11. September 2001 außenpolitisch an Gewicht gewonnen.**

**Stimmt dies oder gibt es nicht ernsthafte Gründe, eher von einem Gewichtsverlust deutscher Außenpolitik nach dem 11. September zu sprechen?**

**Pro: Dr. Klaus Kinkel MdB,  
Bundesminister des Auswärtigen 1993-1998**

Schön wär's, was Schröder sagt! Aber leider ist das Gegenteil der Fall! Die rot-grüne Bundesregierung will überall dabei sein, mitmischen, unserer Verantwortung als großes Land gerecht werden: Kampf gegen den internationalen Terrorismus, stärkeres Engagement zur Beilegung oder Eindämmung von Regionalkonflikten, verstärkte Bemühungen um Krisenprävention, Armutsbekämpfung, Menschenrechte, aktive Beteiligung an einem weltweiten Dialog der Kulturen.

Allein, das außenpolitische Gewicht eines Landes bemisst sich nicht nur an seinem „Wollen“, sondern auch an seinem „Können“, seiner Handlungsfähigkeit. Und da steht es um unser Land nicht zum besten. Wirtschaftlich sind wir auf bestem Wege, zum Schlusslicht in Europa zu werden. Sicherheitspolitisch und militärisch sieht es leider nicht viel besser aus. Wir sind zwar, was unsere Bereitschaft angeht, auch militärisch internationale Verantwortung zu tragen, seit der Wiedervereinigung unseres Landes (und nicht erst in der Zeit dieser Regierung) - weit gekommen. Aber wir haben es dabei versäumt, die notwendigen Schlussfolgerungen auch für die Struktur und Ausstattung unserer sicherheitspolitischen Instrumente zu ziehen. Bei der Ausstattung der Bundeswehr mangelt es an allen Ecken und Enden. Wir wollen uns - zu Recht - am internationalen Militäreinsatz in Afghanistan beteiligen, sind dann aber nicht einmal in der Lage, unsere Bundeswehrsoldaten zügig nach Afghanistan zu fliegen, weil es erst in Köln friert und dann in Istanbul schneit. Die Bundesregierung sieht sich ausstattungsmäßig nicht im Stande, die Briten als Führungsnation beim Afghanistan-Einsatz abzulösen, und muss das den sonst oft und gern kritisierten Türken überlassen.

Die Bundesregierung bringt mit dem Airbus 400M ein gemeinsames europäisches Rüstungsprojekt aufs Gleis, damit die Bundeswehr zumindest in einigen Jahren mit modernen eigenen Transportflugzeugen ausgestattet sein wird. Und blamiert sich dann vor den europäischen Partnern, weil der Bundesverteidigungsminister das Projekt haushaltspolitisch nicht ordentlich absichert. Unsere Soldaten und Offiziere tun vorbildlich, was sie können. Aber sie leiden unter einem national und international angeschlagenen Verteidigungsminister, der jede Autorität verloren hat und fühlen sich im Kreise ihrer internationalen Kollegen wegen ihrer Ausrüstungsdefizite nicht mehr ernst genommen.

Hinzu kommt, dass die Bundesregierung die Zustimmung der eigenen rot-grünen Bundestags-Koalition zum Afghanistan-Einsatz nur mit hauchdünner Mehrheit und nur über die Vertrauensfrage erreichen konnte. Und für künftig anstehende Fragen im Zusammenhang mit der Beteiligung

## Nach dem 11. September: Gewichtsverlust deutscher Außenpolitik?

**Contra: Prof. Dr. Udo Steinbach,  
Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg**

Der 11. September hat die Koordinaten der Außenpolitik Deutschlands kompliziert.

Wie weit reicht die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA bei der Bekämpfung des Terrors; wo tritt Politik an die Stelle von Militäreinsätzen? Wie lässt sich eine europäische Alternative organisieren? Wo liegt die Rolle Deutschlands in den Bemühungen um Frieden zwischen Israelis und Palästinensern – dies vor dem Hintergrund des sensiblen Verhältnisses zu Israel? Wie kann Deutschland den hoch gespannten Erwartungen der islamischen Welt an einen deutschen Beitrag zum Frieden in der Region als Alternative zu den USA begegnen? Dies sind nur einige der Fragen, die sich stellen; nicht ganz neu, gewiß, aber in verschärfter Form nach dem Terroranschlag.

In dem dichten Gestrüpp komplizierter Herausforderungen hat sich Berlin beachtliche Orientierung bewahrt. Dies gilt zunächst für den Spagat zwischen atlantischer Solidarität mit einer starken militärischen Komponente einer- und der Wahrnehmung politischer Gestaltungsräume mit Blick auf den Nahen Osten andererseits.

An erster Stelle ist hier der Petersberg zu nennen. Dass sich die internationale Gemeinschaft im Dezember 2001 dort traf, um richtungsweisende Beschlüsse mit Blick auf die Zukunft Afghanistans zu treffen, ist einer der größten Erfolge der Diplomatie des wiedervereinigten Deutschlands. Sicher, Vorgängerregierungen haben daran ihren Anteil. Aber unübersehbar hat die Regierung Schröder/Fischer die Gunst der Stunde genutzt, die Entschlossenheit Berlins zu bekunden, jenseits der Militärationen gegen *al-Qa'ida* und die *Taliban* Perspektiven einer langfristigen friedlichen Entwicklung Afghanistans und seines Umfeldes zu eröffnen. Geleitet wurde die Berliner Regierung dabei durch die traditionell guten Beziehungen zu dem Land einerseits; hinzu aber kommt das Interesse, langfristig an den Ressourcen des benachbarten Zentralasien, insbesondere Erdöl und Erdgas, teilzuhaben. Daneben entspricht die militärische Komponente des Afghanistan-Engagements den Fähigkeiten, die angesichts anderer Verpflichtungen zwischen dem Balkan und dem Indischen Ozean gerade noch zu leisten waren.

Weniger spektakulär und erfolggekrönt waren die Bemühungen um eine Deeskalation der Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern. Dass Außenminister Fischer - wohl wissend, dass Durchbrüche nach Lage der Dinge nicht zu erwarten sein würden - sich mehrmals zu den Konfliktparteien aufmachte, zeigt ein neues deutsches Verantwortungsbewusstsein jenseits der Rolle des Zahlmeisters. Richtig war auch, Israel nicht mehr von der Kritik auszunehmen

**Pro:****Dr. Klaus Kinkel MdB**

am internationalen Kampf gegen den Terrorismus immer damit rechnen muss, keine eigene Mehrheit zu haben. Auch das nicht gerade ein Paradebeispiel außenpolitischer Handlungsfähigkeit – das vom Ausland mit Sorge und Irritation beobachtet wird.

Man könnte meinen, ein Land, was sein „Wollen“ aufgrund mangelnden „Könnens“ allein, also auf nationalem Wege, nicht richtig umzusetzen vermag, würde verstärkt auf bewährte multinationale Ansätze zurückgreifen. Die Erfahrung nach dem 11. September zeigt leider das Gegenteil. Die europäischen Staaten inklusive Deutschlands haben sich - trotz der Bündnisfall-Entscheidung der NATO - der amerikanischen Anti-Terror-Koalition einzeln angeschlossen. Nationale europäische Spitzenpolitiker reisen durch die Welt, an der Spitze der britische Premier Blair, nicht etwa Bundeskanzler Schröder. Aber viel zu wenig geschah über Brüssel, wo mit EU und NATO die beiden wichtigsten multilateralen Bezugs- und Aktionsrahmen unserer Außenpolitik beheimatet sind.

Warum übernimmt nicht die EU von den Briten die Führung des internationalen Afghanistan-Einsatzes, wenn Deutschland das allein nicht kann?



schafft es die EU nicht, als gleichgewichtiger Partner und Seite an Seite mit den USA eine Nahost-Initiative zu starten, um in der tragisch verfahrenen Situation endlich den erforderlichen Anstoß von außen zu versuchen?

Bundesaußenminister Fischer bemüht sich redlich und verdient dafür Anerkennung – aber allein kann und sollte Deutschland den Vermittler im Nahen Osten nicht spielen. Warum kritisieren einzelne EU-Mitgliedsländer die Amerikaner immer wieder – oft in der Sache zu Recht, aber im Ton überzogen – für Einzelaspekte der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, statt sich zusammenzutun und gemeinsam in Washington mit ihren Anliegen sicher eher Gehör zu finden?

Nein, der Weg für die deutsche Außenpolitik kann – neben der bei allen haushaltspolitischen Restriktionen erforderlichen besseren Bundeswehrausstattung – nur über Brüssel führen. Unser außenpolitisches Ansehen stärken wir am besten, wenn wir uns durch eine Bündelung unserer Kräfte in der EU stärker bei der Lösung der Weltkrisen engagieren. Und wenn wir gleichzeitig als Deutsche nicht vergessen, dass es neben dem Engagement auf den Weltbrandherden für ein so grosses und wichtiges Land gilt, auch in Asien, Lateinamerika und Afrika weiter aktiv Kontakte zu pflegen und unsere Interessen nicht zu vergessen – so wie die derzeitige Bundesregierung das leider tut.

**Contra:****Prof. Dr. Udo Steinbach**

Im großen und ganzen lag Berlin auf der Linie auch anderer europäischer Hauptstädte. Und wenn auch das Erscheinungsbild der EU auf dem nahöstlichen Krisenschauplatz eher diffus daherkam, so bleibt doch das erkennbare Bemühen, ein Vakuum zu füllen, das durch eine Haltung Washingtons entstand, welche den Eindruck erweckte, als teile man dort das Diktum des israelischen Ministerpräsidenten: Was dem einen sein Ibn Ladin, sei dem anderen sein Arafat; und als billige Präsident Bush das harte israelische Vorgehen gegen die Palästinenser als Teil des Kampfes gegen den Terror. Dass dieser dem Drängen Sharons nicht nachgab, Arafat für „irrelevant“ zu erklären, ist nicht zuletzt auch den entschiedenen europäischen Interventionen zuzuschreiben. Damit wahrt sich Brüssel (und Berlin) die Chance zu weiterer Vermittlung, wenn erst die Konfliktparteien zu der Einsicht kommen, dass Gewalt immer tiefer in die Sackgasse führt.

Deeskalation der Gewalt und Rückkehr an den Verhandlungstisch als wichtige Strategie im Kampf gegen den Terror – überhaupt politische Optionen als Alternativen zu militärischer Gewalt ins Bild zu bringen, waren Berlin und Brüssel bemüht. Dies gilt auch für Iran. Hier wurde Präsident Bushs „Achse des Bösen“ mit Enttäuschung und Zorn aufgenommen. Die Antwort der EU war, man werde sich nicht von einer weiteren Annäherung zwischen Brüssel und Teheran abhalten lassen. Gerade in Berlin wird Iran als wichtiger Machtfaktor nicht zuletzt auch bei der Stabilisierung Afghanistans angesehen. Die Zukunft wird erweisen, ob Berlin an dieser Linie festhält.

Die schwierigste Entscheidung im Spannungsfeld zwischen „uneingeschränkter Solidarität“ und der Suche nach politischen Optionen steht im Zusammenhang mit dem Vorgehen der USA gegen den Irak an. Diesbezüglich hat Außenminister Fischer bereits erklärt, dass es keine unkritische Vasallentreue geben könne; und Bundeskanzler Schröder hat angekündigt, dass Maßnahmen gegen den Irak auf Beschlüssen der UNO würden beruhen müssen. Dies sind Schritte in die richtige Richtung; sie halten der EU die Option des Gesprächs und des kulturellen Dialogs offen und vermitteln die Perspektive eines Westens, der nicht abermals nur gewalttätig daherkommt. Angesichts der Diffusität internationaler Politik nach dem 11. September ist eine Bilanz mit Blick auf das Gewicht der deutschen Außenpolitik nur schwer vorzunehmen. Immerhin war sie bemüht, relativ enge Handlungsspielräume friedensstiftend zu nutzen.

